

Der Open-Access-Publikationsserver der ZBW – Leibniz-Informationzentrum Wirtschaft
The Open Access Publication Server of the ZBW – Leibniz Information Centre for Economics

ten Brink, Tobias

Working Paper

Kooperation oder Konfrontation? Der Aufstieg Chinas in der globalen politischen Ökonomie

MPIfG working paper, No. 11/7

Provided in cooperation with:

Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung

Suggested citation: ten Brink, Tobias (2011) : Kooperation oder Konfrontation? Der Aufstieg Chinas in der globalen politischen Ökonomie, MPIfG working paper, No. 11/7, <http://hdl.handle.net/10419/52725>

Nutzungsbedingungen:

Die ZBW räumt Ihnen als Nutzerin/Nutzer das unentgeltliche, räumlich unbeschränkte und zeitlich auf die Dauer des Schutzrechts beschränkte einfache Recht ein, das ausgewählte Werk im Rahmen der unter

→ <http://www.econstor.eu/dspace/Nutzungsbedingungen> nachzulesenden vollständigen Nutzungsbedingungen zu vervielfältigen, mit denen die Nutzerin/der Nutzer sich durch die erste Nutzung einverstanden erklärt.

Terms of use:

The ZBW grants you, the user, the non-exclusive right to use the selected work free of charge, territorially unrestricted and within the time limit of the term of the property rights according to the terms specified at

→ <http://www.econstor.eu/dspace/Nutzungsbedingungen>
By the first use of the selected work the user agrees and declares to comply with these terms of use.



MPIfG Working Paper 11/7

Tobias ten Brink

Kooperation oder Konfrontation?

Der Aufstieg Chinas in der globalen politischen Ökonomie

MPIfG Working Paper

anck Institute
for the Study of Societies

Tobias ten Brink

Kooperation oder Konfrontation? Der Aufstieg Chinas in der globalen politischen Ökonomie

MPIfG Working Paper 11/7

Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln

Max Planck Institute for the Study of Societies, Cologne

November 2011

MPIfG Working Paper

ISSN 1864-4341 (Print)

ISSN 1864-4333 (Internet)

© 2011 by the author(s)

Tobias ten Brink is a researcher at the Max Planck Institute for the Study of Societies, Cologne.

tb@mpifg.de

MPIfG Working Papers present ideas that could guide future scholarly research. They may also draw out the implications of available knowledge for a better understanding of public-policy issues. MPIfG Working Papers are refereed scholarly papers.

Downloads

www.mpifg.de

Go to *Publications / Working Papers*

Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung

Max Planck Institute for the Study of Societies

Paulstr. 3 | 50676 Cologne | Germany

Tel. +49 221 2767-0

Fax +49 221 2767-555

www.mpifg.de

info@mpifg.de

Abstract

What has been the impact of China's rapid rise? Referring to findings of current research on China as well as theories of political economy, this paper analyzes the People's Republic of China as a variety of a (state-led) capitalist catch-up development process that is focused on economic and geopolitical upgrading. Despite efforts by China's political leadership to act as a "responsible" superpower, the international and transnational embedding of the new Chinese capitalism is fraught with tension. The Chinese economy remains dependent on the "old" centers of global capitalism, but this has not paved the way for smooth cooperation. On the contrary, the latest currency disputes between China and the US during the global economic slump are indicative of politically charged conflicts between the world's relevant economic regions. Thus, the prospect of China being integrated harmoniously seems to be overly optimistic – as is also demonstrated by China's efforts to play a leading role in the East Asian regionalization process. At the same time, one has to be careful not to draw (the wrong) conclusions about the inevitability of military conflict and a transition towards a new global Chinese hegemony. The paper aims to highlight the advantages of a political economy approach in answering a question that has primarily been addressed from International Relations perspectives, i.e. focused on relations between states.

Zusammenfassung

Welche Folgen zeitigt der rasante Aufstieg Chinas? Im Anschluss an Erkenntnisse der Chinaforschung und politökonomischer Ansätze wird die Volksrepublik China als eine Variante der nachholenden (staats-)kapitalistischen Entwicklung analysiert, die an einer wirtschaftlichen und geopolitischen Aufwertung interessiert ist. Dabei verkörpert die inter- und transnationale Einbettung des neuen chinesischen Kapitalismus in ein instabiles Weltsystem trotz des Bemühens der Staatsführung um eine „verantwortungsvolle“ Großmachtpolitik einen spannungsreichen Prozess. Zwar bleibt die chinesische Volkswirtschaft abhängig von den „alten“ Zentren des globalen Kapitalismus. Daraus folgt jedoch nicht umstandslos eine reibungslose Zusammenarbeit. Im Gegenteil weisen aktuelle Währungsdispute mit den USA im Zuge des globalen Wirtschaftseinbruchs auf politisch vermittelte Standortkonflikte hin. Perspektiven einer konfliktarmen Integration Chinas müssen daher relativiert werden – wie zusätzlich die Führungsrolle des Landes im ostasiatischen Regionalisierungsprozess illustriert –, ohne voreilige Schlussfolgerungen hinsichtlich militärischer Zusammenstöße und eines Übergangs zu einer neuen globalen chinesischen Hegemonie zu übernehmen. Abgezielt wird darauf, die Vorteile einer politökonomischen Betrachtungsweise bei der Beantwortung einer Frage herauszustellen, die üblicherweise in einer Perspektive der Internationalen Beziehungen, das heißt fokussiert auf zwischenstaatliche Beziehungen, behandelt wird.

Inhalt

1	Einleitung	1
2	Nachholende (staats-)kapitalistische Entwicklung	4
	Chinas Aufstieg: Außenpolitische Flankierungen	7
3	Die Einbettung des chinesischen Kapitalismus in ein fragiles Weltsystem	10
	Von der „Werkbank der Welt“ zum ernst zu nehmenden Konkurrenten	10
	Währungsdispute	14
	Die VR China in der ostasiatischen Regionalisierung	16
	Strukturelle Instabilität: China, Japan und die USA	19
4	Fazit	20
	Literatur	22

Kooperation oder Konfrontation? Der Aufstieg Chinas in der globalen politischen Ökonomie

1 Einleitung

In den letzten beiden Jahrzehnten ist die Volksrepublik China zur zweitgrößten Wirtschaft der Erde aufgerückt. Chinas Aufstieg steht dabei am Ende einer Reihe von vergleichsweise erfolgreichen nachholenden Ökonomien in Ostasien, die einen Trend zu einer Rezentrierung der Weltwirtschaft auslösten. Der Anteil Asiens am weltweiten Bruttosozialprodukt ist zwischen 1960 und heute von 13 Prozent auf über 30 Prozent gestiegen. Die zunehmende Bedeutung der chinesischen Volkswirtschaft hat eine Restrukturierung der Konkurrenzverhältnisse auf den internationalen Märkten zur Folge. Jüngst lässt sich ebenso eine zugunsten Chinas (und anderer Schwellenländer) geänderte Kräftekonstellation in den internationalen Institutionen feststellen, wie der im Zuge der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise neu begründete G20-Gipfel und eine Stimmrechtsreform des Internationalen Währungsfonds (IWF) nahelegen.

Über die Folgen dieses epochalen Wandels sind sich Journalisten und Sozialwissenschaftler, besonders in der Disziplin der Internationalen Beziehungen (IB), uneinig. Grob lassen sich zwei Positionen idealtypisch kontrastieren: Während etliche Autoren vor einer chinesischen „Konfrontation“, „Gefahr“ und/oder „Herausforderung“ warnen, erwarten zahlreiche andere Autoren eine vorwiegend kooperative Integration Chinas in die Weltwirtschaft und -politik.

Die erste Position drückt oft ein tief sitzendes Misstrauen gegenüber einer herrschsüchtigen Kommunistischen Partei aus, die nur bedingt gewillt sei, ihre neu gewonnenen Machtkapazitäten ausschließlich friedvoll einzusetzen. Unter Verweis auf die guten Beziehungen Chinas zu „Schurkenstaaten“ wird auf die Dissonanz zwischen Rhetorik und Praxis der Staatsführung verwiesen (Geis/Holt 2009). Ein sich entwickelnder „Beijing Consensus“, ein Entwicklungsmodell, das auf Innovation durch Mischeigentum, schwache private Eigentumsrechte und Staatsinterventionismus abziele, bedrohe den westlich-liberalen „Washington Consensus“ und führe zu Verwerfungen im globalen Institutionengefüge, so lautet ein weiteres bekannt gewordenes Argumentationsmuster (Halper 2010; Ramo 2004). In den Politikwissenschaften und der Disziplin der IB wird das Ende der amerikanischen Hegemonie beziehungsweise ein konflikthafter Übergang in ein chinesisches Jahrhundert antizipiert und/oder auf Unsicherheiten verwiesen, die historisch immer wieder zwischen aufstrebenden und dominierenden Mächten auftraten und in Großkonflikte mündeten (Arrighi 2008; Goldstein 2005; Layne 2009). Offensive Neorealisten wie John J. Mearsheimer spitzen dieses Argument noch zu: Sollte das chinesische Wirtschaftswachstum anhalten und die Staatsführung die Streitkräfte

modernisieren, müsse von unvermeidlichen Konflikten bis hin zum Krieg mit den USA ausgegangen werden (Mearsheimer 2003, 2010).

Demgegenüber stehen Positionen, die in unterschiedlicher Weise eine weitaus harmonischere Lage diagnostizieren. Eine Integration Chinas in die Weltwirtschaft und partnerschaftlich-kooperative Beziehungen mit dem Westen erscheinen solchen Autoren wahrscheinlicher, die auf eine Exportabhängigkeit Chinas sowie eine pragmatische Orientierung auf wirtschaftliches Wachstum verweisen, welche nationale Sicherheitsinteressen und geopolitische Machtstrategien in den Hintergrund treten lassen: Sowohl transnationale Unternehmen als auch die chinesische Staatsführung würden von einer Integration Chinas in das westlich dominierte globale Institutionensystem profitieren (Foot 2006; Ikenberry 2008; Jiang 2008; Walter 2009, Wang/Rosenau 2009). Die Befolgung internationaler Normen und Regeln habe für das Reich der Mitte fast ausschließlich Vorteile mit sich gebracht (Johnston 2008; Wei 2007). China strebe aus diesem Grund keine Konfrontation mit anderen Mächten und ebenso wenig eine Abkopplung vom internationalen System an. Die chinesische Außenpolitik setze vorwiegend auf die Instrumente der „Soft Power“, um Interessen durchzusetzen (Kurlantzick 2007). Ein Machtungleichgewicht in Ostasien könne durch eine regionale Integration nach dem Vorbild der EU unterbunden werden, moderiert durch eine durchdachte „Balancing-Politik“ der USA.

Besitzt der Begriff von der chinesischen „Herausforderung“ also lediglich demagogische Züge? Oder stellen umgekehrt die optimistischen Integrationserwartungen regelrecht idealistische Perspektiven dar? Tatsächlich hat der Aufstieg Chinas eine komplexe Gemengelage mit kooperativen und konfliktiven Aspekten geschaffen, deren gegenwärtige Beschaffenheit nun in folgender Weise untersucht wird: In einem ersten Teil frage ich, um welches Modell gesellschaftlicher Entwicklung es sich in der Volksrepublik eigentlich handelt. Im Anschluss an neuere Erkenntnisse der Chinaforschung und politökonomischer Ansätze wird die VR China als Variante der nachholenden (staats-) kapitalistischen Entwicklung analysiert. Enge Verknüpfungen staatlicher und privater Akteure kennzeichnen dieses Modell ebenso wie eine strenge Wachstums- und Wettbewerbsorientierung sowie eine offensive nationale Ausrichtung in der Außen- und Außenwirtschaftspolitik.

Daraufhin wird die inter- und transnationale Einbettung des neuen chinesischen Kapitalismus in ein instabiles Weltsystem untersucht. Über den Fortbestand des pluralen Staatensystems und verschiedener, nicht immer komplementär verbundener nationaler Standort- und weiterer Außenpolitiken hinaus ist dieses durch Verschiebungen der internationalen Kräftekonstellationen charakterisiert. Die Fragilität des Weltsystems unter Führung der Vereinigten Staaten befördert, so eine Hypothese, spannungsbeladene Handlungen Chinas, auch wenn das Land sich um eine „verantwortungsvolle“ Großmachtspolitik bemüht.

Auf dieser Grundlage wird nach der empirischen Verifizierbarkeit der Hypothese eines konfliktbeladenen Aufstiegs der Volksrepublik gefragt und dem Verhältnis zu den

USA Aufmerksamkeit geschenkt. Zwar bleibt die chinesische Volkswirtschaft abhängig von den „alten“ Zentren des globalen Kapitalismus beziehungsweise von transnationalen Konzernen und westlichen Exportmärkten. Daraus folgt jedoch nicht umstandslos eine reibungslose Zusammenarbeit. Im Gegenteil weisen aktuelle Währungsdispute im Zuge des globalen Einbruchs 2008/09 auf politisch vermittelte Konflikte relevanter Wirtschaftsstandorte hin. Optimistische Perspektiven einer konfliktarmen Integration Chinas müssen daher relativiert werden – wie zusätzlich die Führungsrolle des Landes im ostasiatischen Regionalisierungsprozess illustriert –, ohne voreilige Schlussfolgerungen hinsichtlich militärischer Zusammenstöße und eines Übergangs zu einer neuen globalen chinesischen Hegemonie, die in Ostasien ihren Ausgangspunkt nimmt, zu übernehmen. Der neue chinesische Machtpol¹ bleibt in regionale und globale Kooperationsgeflechte eingebunden, auch wenn dieser etablierte Kräftekonstellationen in den internationalen Institutionen etwa über seine Blockademacht infrage stellt. Ein hegemonialer Übergang und manifeste geopolitische Konflikte mit den USA sind gegenwärtig – auch in Ostasien – wenig wahrscheinlich.²

Theoretisch knüpfen die folgenden Überlegungen an Einsichten der Chinaforschung, der Kapitalismusforschung, der Internationalen Politischen Ökonomie (IPÖ) sowie an eigene Vorarbeiten an (ten Brink 2008, 2010, 2012). Zahlreiche Studien, die den Umstrukturierungen Ostasiens, der Weltwirtschaft und regionalen beziehungsweise internationalen Institutionen, Regulierungs- und Hegemonialstrukturen Rechnung tragen, dienen als weitere Bezugspunkte (vgl. Beeson 2009a, 2009b; Breslin 2007, 2010a, 2010b; Dittmer/Yu 2010; Hung 2008, 2009; Jessop/Sum 2006; Katzenstein/Shiraishi 2006; Stubbs 2005, 2007; Zweig/Chen 2007). Abgezielt wird darauf, die Vorteile einer polit-ökonomischen Betrachtungsweise bei der Beantwortung einer Frage herauszustellen, die üblicherweise in einer „IB-Perspektive“, das heißt fokussiert auf zwischenstaatliche Beziehungen, behandelt wird.

-
- 1 Dass Machtpole auch in einer entstehenden „Weltgesellschaft“ in hohem Maße mit Einzelstaaten gleichgesetzt werden, ist eine Folge der fortwährenden Bedeutung von Einzelstaaten und damit des internationalen Staatensystems. Die geschichtliche Entwicklung mündete nicht in die Organisation eines mit den Kapazitäten von starken Einzelstaaten ausgestatteten supranationalen Staates ein. Auch in der fortgeschrittenen Phase der Globalisierung lassen sich zwei relativ unabhängig voneinander existierende und nicht aufeinander zu reduzierende Muster der *sozioökonomischen Unternehmens-* sowie der *(geo-)politischen Staatenkonkurrenz* nachweisen (vgl. Callinicos 2009: 73–100; Görg 2002; Harvey 2005: 95–102; Mann 1997; ten Brink 2008: 98–112; ten Brink 2012; sowie die in unterschiedlicher theoretischer Perspektive vorgetragenen Aufsätze zur fortwährenden Bedeutung der Staatenkonkurrenz in: ten Brink 2011a). Der nationale Standortwettbewerb des 21. Jahrhunderts stellt insofern keine Fehlwahrnehmung dar, sondern basiert auf der Existenz vieler etablierter beziehungsweise, im Falle Chinas, sich etablierender Wirtschaftsräume, die sich in einem wechselseitigen Abhängigkeitsverhältnis zu den auf dem jeweiligen Territorium etablierten Staatsapparaten befinden.
 - 2 Zu weiteren, auch explizit geopolitischen Implikationen des chinesischen Machtzuwachses, die zur Infragestellung abgesteckter Interessenssphären „alter“ Großmächte führen und bereits manifestere Konflikte als in einigen der hier erläuterten Beispielen zur Folge hatten, besonders in Afrika, vgl. Alden (2010) und Dittmer/Yu (2010).

2 Nachholende (staats-)kapitalistische Entwicklung

Als die chinesische Machtelite im Jahr 1978 unter Führung des Reformflügels um Deng Xiaoping begann, das nach der Kulturrevolution sich in einer schweren gesellschaftlichen Krise befindende Land in einem „Trial-and-Error“-Verfahren zu restrukturieren, konnte niemand ahnen, was das Ergebnis dieser Wende sein würde. Resultat mehrerer tief greifender Veränderungen ist eine bislang einmalige Transformation einer Kommandowirtschaft in ein stärker über den Markt gesteuertes Entwicklungsmodell.

Ein Bezug auf die offizielle Losung der Kommunistischen Partei (KPCh), die das Land zur „sozialistischen Marktwirtschaft“ erklärt hat, greift zu kurz. Typische Kennzeichen des Kapitalismus wie der Zwang zur Akkumulation des Kapitals, eine end- und maßlose Wachstumsorientierung, Wettbewerbsprinzipien, zweckrationale Nützlichkeitswägungen sowie ausgeprägte soziale Gegensätze haben die Ökonomie zu einem neuen Zentrum des globalen Kapitalismus gemacht. Aus diesem Grund ist es hilfreich, zur Untersuchung der nachholenden Entwicklung Chinas auf Erkenntnisse der Kapitalismusforschung zurückzugreifen (vgl. Amable 2003; Coates 2000, 2005). Im Unterschied zu markt- und unternehmenszentrierten Kapitalismustheorien orientiere ich mich dabei an einem erweiterten Forschungsrahmen zur Analyse kapitalistischer Entwicklungen, der staatliches Handeln und internationale Machtbeziehungen integriert.³ Zudem knüpfe ich an das Konzept eines „variegated capitalist world system“ an, um Gemeinsamkeiten der globalkapitalistischen Entwicklung und sozioökonomische Interdependenzen zwischen verschiedenen Kapitalismen zu erfassen, die jedoch immer wieder auch Konflikte hervorrufen (vgl. Jessop 2009; Streeck 2010).⁴

Die politische Ökonomie Chinas wird des Weiteren als wettbewerbsgetriebene Variante eines staatlich gelenkten Kapitalismus beziehungsweise eines Staatskapitalismus betrachtet (vgl. ten Brink 2010).⁵ Ein wettbewerbsgetriebener, unternehmerischer Geist ist

3 Wird die USA in einer mittlerweile nahezu kanonisch gewordenen Perspektive und unter Anwendung einer begrenzten Anzahl von Variablen folgerichtig als „liberale“ Marktwirtschaft betrachtet, würde diese in einer erweiterten Perspektive zusätzlich als eine durch staatliche Interventionen durchgezogene Spielart des Kapitalismus erscheinen, unter anderem auf dem Feld der Außen(-wirtschafts)- und Währungspolitik.

4 Des Weiteren beziehe ich mich auf Debatten in der IPÖ, die herausarbeiten, dass aufholende Ökonomien in ihrer Entwicklung zu politischen Machtpolen historisch immer wieder scheinbar gefestigte internationale Kräftekonstellationen, beherrscht von hegemonialen beziehungsweise dominanten Machtpolen, infrage gestellt haben. Sie wurden zu „contender states“, zu Herausforderern (van der Pijl 2006; vgl. Callinicos 2009). Oft waren es Handlungen in und von „contender states“, die dramatische Neukonfigurationen des internationalen Systems anstießen. Dieser Befund wird jedoch häufig unzulässig verallgemeinert, wenn etwa der Aufstieg Chinas mit dem Aufstieg des Deutschen Reichs Ende des 19. Jahrhunderts gleichgesetzt wird (Wolfowitz 1997). Es gilt, die jeweils spezifischen historischen Gegebenheiten zu reflektieren, um die Folgen von Machtverschiebungen abwägen zu können.

5 Im Folgenden bleibt die interne Heterogenität des neuen chinesischen Kapitalismus unberücksichtigt.

mit einem umfassenden Staatsinterventionismus verbunden. Die Führung des Landes setzt dabei zugleich auf eine wirtschaftliche und eine geopolitische Aufwertung. Enge Verflechtungen zwischen Staatsapparaten und Unternehmen kennzeichnen die chinesische Gesellschaft – ein Erbe der bürokratischen Kommandowirtschaft, der herrschenden KPCh und der Rolle eines industriellen Spätentwicklers (Dickson 2007; McNally 2007; Naughton 2007; ten Brink 2011b). Gleichwohl ist der chinesische Kapitalismus tief eingebettet in weltwirtschaftliche Prozesse und abhängig gegenüber den Märkten großer OECD-Volkswirtschaften sowie von ausländischen Direktinvestitionen.

Um Merkmale der nachholenden kapitalistischen Entwicklung Chinas detaillierter kennzeichnen zu können, werden nun (1) wichtige Kennzeichen der Ökonomie, (2) das Wechselverhältnis zwischen Staat und Wirtschaft und (3) das Finanzsystem kursorisch beschrieben.⁶

(1) *Kennzeichen der Ökonomie.* Die systemische Notwendigkeit der erweiterten Akkumulation und Innovation mit dem Ziel der Profitmaximierung setzt sich in der Volksrepublik vor dem Hintergrund einer Verschiebung der wirtschaftlichen Verfügungs- und Kontrollkapazitäten von staatlichen Behörden auf das Management zahlloser Unternehmen durch. Eine weder „frei“ noch klassisch „kompetitive“ gemischte Wirtschaft regelt diese Beziehungen. Während auf der zentralstaatlichen Ebene eine erneuerte Form des (profitorientierten) Staatsunternehmens dominiert, konnten besonders auf subnationalen Ebenen privat-öffentliche Wirtschaftsregime an Bedeutung gewinnen. Obgleich seit über einem Jahrzehnt auch formelle Privatisierungen stattfinden und der Privatsektor erheblich an Bedeutung gewann, lösen sich die nahezu symbiotischen Beziehungen zwischen Partei, Staat und Unternehmen nicht auf (Cai 2010; Nee 2005). Zugleich ist die chinesische Volkswirtschaft als „Werkbank der Welt“ in den letzten Jahrzehnten weitgehend in den Weltmarkt und in die Netzwerke transnationaler Produktionsverbände integriert worden.⁷

Aus diesen Dynamiken resultieren eine Reihe von Wettbewerbsstrategien, unter anderem der Versuch chinesischer Konzerne, in westlich dominierten Wertschöpfungsketten

6 Die für kapitalistische Systeme ebenfalls kennzeichnenden hierarchischen Arbeitssysteme sowie soziale Destabilisierungsdynamiken bleiben an dieser Stelle unterbelichtet. Soziale Stratifizierungen und insbesondere die vertikale „Klassenpolarisierung zwischen Vermögensbesitzern und Vermögenslosen“ (Deutschmann 2009: 38) bilden eine Basis fortwährender *innergesellschaftlicher* Auseinandersetzungen, die Legitimationskrisen auslösen können. Relevant für die Frage nach den Effekten des internationalen Aufstiegs Chinas ist in diesem Zusammenhang der bereits in anderen Gesellschaften beobachtete Sachverhalt, dass interne gesellschaftliche Konflikte und Legitimationsdefizite vielfach von Machteliten dadurch zu lösen versucht werden, dass ein externes, feindliches „Anderes“ konstruiert wird. Ein innenpolitischer Konsens wird über eine Abgrenzung nach außen beziehungsweise nach außen zielenden Bedrohungskonstruktionen herzustellen versucht.

7 Nationale Datensätze spiegeln nur unzureichend die transnationale Organisation der chinesischen Wirtschaft wider. Viele der in China erzeugten Exportprodukte sind nur in dem Sinne „chinesisch“, dass sie hier montiert werden.

Einfluss zu gewinnen, eine Exportoffensive und, seit einigen Jahren, die internationale Verlagerung von Kapital, sowie, aus der Perspektive einer Analyseebene, die staatliche Wirtschaftspolitiken berücksichtigt, die Unterstützung von internationalen Unternehmensaktivitäten, der Zugang zu und die Sicherung von Rohstoffen sowie die Lenkung von Investitionen.

(2) *Partei-Staat und Wirtschaft*. Die Bedeutung der Doppelstruktur von Partei und Staatsapparaten – in der (idealtypisch) die Partei die politischen Vorgaben festlegt, die von den Verwaltungsorganen des Staates umgesetzt werden – sowie unterschiedliche Grade und Formen der Staatsintervention begründen ein distinktes politisches System auf dem chinesischen Festland: den „Partei-Staat“. Die Parteistaatsideologie und -praxis hat sich in den letzten Jahrzehnten erneuert. Der Begriff des Sozialismus steht nunmehr vor allem anderen für eine gelingende wirtschaftliche Modernisierung und pragmatische, experimentierfreudige Handlungsorientierungen. Partei- beziehungsweise Staatsapparate orientieren sich an makroökonomischen Erfolgsparametern (Shambaugh 2009; Yang 2004). Die Staatsintervention sowie das Staatseigentum in der Volksrepublik stellen keine Negation kapitalistischer Verhältnisse dar.

„Wirtschaft“ und „Politik“ bilden in China ein interdependentes Geflecht. Empirischen Untersuchungen zufolge führten die Transformationsprozesse zu engen Interessenkoalitionen zwischen ökonomischen und politischen Machteliten (Dickson 2007; Tsai 2007). Staatliches Handeln spielt bei der Gestaltung wirtschaftlicher Vorgänge eine konstitutive Rolle. Nicht nur die Unternehmen sind jedoch abhängig von den staatlichen Instanzen, umgekehrt hängt die Existenz der Staatsapparate auf unterschiedlichen Regierungsebenen von den erfolgreichen Aktivitäten der Unternehmen ab. Die Staatsapparate befinden sich mit anderen Worten in einer strukturellen Abhängigkeit von einer gelingenden Akkumulation, weshalb (beinahe) alles unterbunden wird, was die ökonomische Entwicklung gefährden könnte. Besonders ist das für Offizielle der unteren Gebietskörperschaften relevant, deren Karrierepfade direkt an hohe Wachstumsraten geknüpft sind. Doch auch die politische Machtelite insgesamt ist an einer gedeihlichen volkswirtschaftlichen Entwicklung – der Legitimitätsressource des Regimes schlechthin – und einer durchgreifenden nationalen Entwicklung in höchstem Maße interessiert, was die Vermutung nahelegt, dass außen(-wirtschafts-)politische Handlungen von diesen Motiven nicht grundlegend abweichen dürften.⁸

(3) *Das chinesische Finanz- und Geldsystem*. Ein weiterer Kernbestandteil des chinesischen Wirtschaftssystems, der internationalen wirtschaftlichen Austausch ermöglicht, ihn aber zugleich konflikthaft strukturiert, wie in jüngster Zeit Währungsdispute zwischen den größten Volkswirtschaften der Erde signalisieren, ist das Finanz- und Geldsystem des wettbewerbsgetriebenen Staatskapitalismus (vgl. Naughton 2007: 449–481).

8 Zugleich erklärt die hohe Abhängigkeit vom Export und gegenüber ausländischen Investitionen die Förderung ausländischer Unternehmen. Die Provinz- oder lokalen Stadtregierungen haben derart enge Verbindungen mit ausländischen Unternehmen geknüpft.

Es ist durch eine strategische Rolle des Staates charakterisiert. Im Mittelpunkt befindet sich ein Bankensystem, mit einer mächtigen Zentralbank (People's Bank of China), die die Geldpolitik bestimmt, den Wechselkurs kontrolliert und den Geschäftsbanken Kredite bereitstellt. Neben den vier größten staatlichen, mittlerweile börsennotierten Geschäftsbanken und weiteren, zentralstaatlichen „policy banks“ behaupten sich zunehmend weitere kommerzielle, meist börsennotierte Banken. Vor allem aus der Asienkrise 1997/98 hat die chinesische Regierung hinsichtlich der Geld- und Währungspolitik Lehren gezogen. Die staatliche Kontrolle des Kapitalverkehrs und der Wechselkurse soll aufrechterhalten bleiben.

Insgesamt verkörpert der in den Weltmarkt eingebundene, staatlich gelenkte Kapitalismus in China bis dato ein überaus dynamisches Wirtschaftsmodell. Zugleich ist sich die regierende, technokratische Machtelite der weltwirtschaftlichen und -politischen Abhängigkeiten bewusst, die die weitere chinesische Entwicklungsdynamik blockieren können.

Chinas Aufstieg: Außenpolitische Flankierungen

Die weitgehende Abhängigkeit des chinesischen Wirtschaftsraums von weltwirtschaftlichen Entwicklungen übersetzt sich in folgendes außenpolitisches Selbstverständnis: Die chinesische Staatsführung artikuliert sich als eine aufstrebende, jedoch „verantwortungsvolle“ Großmacht, die sich den Zielen der ökonomischen Stabilität, des Wachstums und des globalen Friedens verpflichtet fühlt (Breslin 2010a). Das innenpolitische Credo einer „harmonischen“ Gesellschaft bestimmt dabei die außenpolitischen Stellungnahmen. Da dem chinesischen Aufstieg international beständig mit Skepsis begegnet wird, stellt die Vorstellung einer „harmonischen Welt“⁹ jedoch nicht zuletzt auch den Versuch dar, Ressentiments zu entkräften und einer antichinesischen Eindämmungspolitik wirksam zu begegnen (Lam 2006: 157–211). Daneben verweisen die Beijinger Außenpolitikstrategen auf die negativen Folgen aggressiver amerikanischer Außenpolitik, setzen auf das UN-System als Zentrum der Global Governance das Prinzip der „Nichteinmischung“ in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten, und betonen die „Diversität der Zivilisationen“, was Spielräume für die nationale Auslegung internationaler Normen eröffnet (Deng 2001; Jiang 2008; Keith 2009; Wang/Rosenau 2009).

Zugleich jedoch ist sich die, auf engen Allianzen mit Unternehmen basierende Staatsführung über die neuen Machtkapazitäten bewusst, die das historische Wachstum der

9 Die Stellungnahmen von Politikern und führenden Wissenschaftlern in China erinnern an geradezu idealistische Vorstellungen, was die Möglichkeiten einer deliberativen internationalen Politik angeht, wie ich zuletzt auf der Konferenz „The Emerging Powers and Global Governance“ des China Center for Contemporary World Studies in Beijing (September 2010) exemplarisch vorgeführt bekam (vgl. Wang/Rosenau 2009: 11–17).

Wirtschaft mit sich brachte. Um der aufholenden Entwicklung zum weiteren Erfolg zu verhelfen, bedienen sich die Staatseliten, vor dem Hintergrund der Kräfteverschiebungen im Weltsystem und der Existenz eines Standortwettbewerbs, folgender außenpolitischer Maßnahmen:

- Politische Institutionen leisten mit *außenwirtschaftspolitischen* Mitteln Hilfestellungen bei der globalen Suche nach rentablen Investitionsorten und aussichtsreichen Märkten. Als Beispiele hierfür gelten die Unterstützung bei der Durchführung von Auslandsinvestitionen oder diplomatisch vermittelte Wirtschaftsbeziehungen. Der chinesische Staatsrat und die Ministerien, zum Beispiel das Handelsministerium MOFCOM, die Zentralbank oder die Nationale Entwicklungs- und Reformkommission NDRC, verfügen ferner über weitere Regulierungsinstrumente zur (nicht immer erzielbaren) Stimulierung der Volkswirtschaft, insbesondere handelspolitische (wie tarifäre und nicht tarifäre Handelshemmnisse, Zölle) und währungspolitische (Beeinflussung des Wechselkurses, Geldpolitik). Die Regierung fördert in der Regel ausländische Investitionen in das eigene Territorium, zugleich kontrolliert sie jedoch auch nach dem WTO-Beitritt 2001 die Marktzugangskriterien und bestimmte Schlüsselbereiche sind nur eingeschränkt zugänglich (Heilmann 2004: 188–191, 250–257; vgl. Breslin 2010a).¹⁰
- Darüber hinaus wird mit der *Ressourcenpolitik* sowie der *Sicherheitspolitik* der Versuch eines Managements der internationalen Beziehungen geleistet, der eine gelingende Kapitalakkumulation zumindest indirekt zu unterstützen beabsichtigt.¹¹ Das reicht von der gezielten Förderung der Sicherung der Rohstoffversorgung über *weiche* (geo-)politische Maßnahmen wie ökonomische Anreize bis hin zu *harten* geopolitischen Handlungen wie der Sicherung von Handels- und Seewegen. Die militärischen Fähigkeiten des Staates verkörpern insofern „diskrete“ Hintergrundinformationen für sein internationales Durchsetzungsvermögen (Lam 2006).

Die Verfügung über diese Formen struktureller Macht beeinflusst die Position Chinas im internationalen System. Das Land bedient sich dieser Mittel in wachsendem Ausmaß. Ähnlich wie andere aufholende Staaten und Großmächte zielt die Volksrepublik auf die Agglomeration umfassender „nationaler Stärke“, die unter Bezug auf die welthistorisch

10 Entgegen der verbreiteten Vorstellung eines monolithischen Politikfindungsprozesses in China führt die Fragmentierung der chinesischen Gesellschaft in ein komplexes Mehrebenensystem auf außenpolitischer Ebene dazu, dass immer wieder Kompetenzkonflikte nicht nur zwischen Außen- und Handelsministerium oder zwischen Militärs und ziviler Obrigkeit, sondern auch zwischen den zentralstaatlichen und regionalen Regierungen aufbrechen. Die außenpolitische Willensbildung ist demnach erheblich komplexer (und führt mitunter zu widersprüchlichen Signalen, Policies oder auch bürokratischer Immobilität), als an dieser Stelle nachgezeichnet werden kann (Johnston 2008).

11 Generell lassen sich geopolitische „Dienstleistungen“ und Strategien selbstverständlich nicht hinreichend ökonomisch ableiten, sondern sind immer auch Ausdruck der Interessen einzelstaatlicher Instanzen, die damit etwa auf die Aufrechterhaltung ihrer Souveränität und damit ihrer Machtbasis zielen (ten Brink 2008: 118–135, 191–196, 221–232; Gritsch 2005).

außerordentliche Rolle Chinas vor dem 19. Jahrhundert – nach über 150 Jahren der kolonialen Degradierung und danach einer untergeordneten Rolle in der Phase des Postkolonialismus – als unverzichtbar angesehen wird (Heberer 2008: 58–61).¹²

Um dieses Ziel zu erreichen, tritt die VR China für eine multilaterale Entscheidungsfindung unter Führung der Vereinten Nationen ein. *Betont* werden „weiche“ Machtinstrumentarien und die Kraft einer abgestimmten Global Governance. *Genutzt* werden jedoch gleichwohl eine gewachsene Blockademacht in den internationalen Institutionen und „harte“ Machtinstrumente, wie an der Modernisierung der Armee, der Schaffung einer starken Seemacht im Südchinesischen Meer und dem Indischen Ozean abzulesen ist, um als legitim erachteten Sicherheitsinteressen Nachdruck zu verleihen (Chen/Feffer 2009). Eine „gebührende“ Stellung auf der internationalen Bühne beruht allem Anschein nach auch auf jenen harten, nicht immer harmonisierenden Maßnahmen, die in Beijing lediglich rhetorisch zunehmend als anachronistisch betrachtet werden (vgl. Wang/Rosenau 2009: 36–38).

Freilich steht dem chinesischen Machtapparat jedoch zugleich ein noch weitaus mächtigerer Machtkomplex zuweilen misstrauisch gegenüber: Begleitet von diplomatischen Beschwichtigungsgesten führt die Obama-Administration, anknüpfend an liberal-realistische Traditionslinien, Sicherheitsmaßnahmen fort, um China in eine Art Konzert der Mächte einzuordnen – dirigiert durch die USA, mit dem unausgesprochenen Ziel einer Unterordnung oder Domestizierung der Volksrepublik (Layne 2009; Roloff 2011).¹³

Alles in allem erzeugt diese, hier holzschnittartig geschilderte Konstellation wirtschaftliche und außenpolitische Spannungen, auch wenn ökonomische Verflechtungen, Interdependenzen und temporäre „Win-win“-Situationen bestehen sowie ein behutsamer Machtgebrauch überwiegt.

12 In innerchinesischen Debatten in der Disziplin der IB lässt sich ein großes Interesse an „great power politics“ nachweisen (Huang 2007). Beispielhaft ist der Artikel des einflussreichen Parteiintellektuellen Zheng Bijian (2005), der die These eines friedlichen Aufstiegs zur Großmacht vertritt.

13 Der von amerikanischen Politikberatern unterbreitete Vorschlag einer „G-2-Struktur“ ist in China auf Ablehnung gestoßen (Wang/Rosenau 2009: 35). Auf die Unsicherheiten, die mit der erwarteten Machtverschiebung zugunsten Chinas einhergehen können, hat im November 2008, kurz nach der Wahl des neuen amerikanischen Präsidenten, der National Intelligence Council der USA hingewiesen. Vielleicht zum ersten Mal prophezeite eine quasioffizielle Einrichtung in den USA, dass die Vereinigten Staaten bis 2025 zwar immer noch der mächtigste Akteur sein werden, aber nicht mehr der beherrschende: „The international system [...] will be almost unrecognizable by 2025 owing to the rise of emerging powers, a globalizing economy, an historic transfer of relative wealth and economic power from West to East [...]. Strategic rivalries are most likely to revolve around trade, investments, and technological innovation and acquisition, but we cannot rule out a 19th century-like scenario of arms races, territorial expansion, and military rivalries. [...] the United States' relative strength – even in the military realm – will decline and US leverage will become more constrained. [...] China is poised to have more impact on the world over the next 20 years than any other country“ (NIC 2008: VI).

3 Die Einbettung des chinesischen Kapitalismus in ein fragiles Weltsystem

Die chinesische Volkswirtschaft konnte in den letzten Jahrzehnten von günstigen weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen profitieren: von einer Verlagerung der Waren- und Wertschöpfungsketten in Richtung Ostasien etwa und von den in transnationale Produktionsverbände eingebetteten Netzwerken der „Überseechinesen“, die seit den 1980er-Jahren mit ihren Investitionen vor allem via Hongkong gewissermaßen Brücken auf das chinesische Festland bauten (Stubbs 2005). Ab den 1990er-Jahren, in dem sich das an ostasiatischen Vorbildern orientierte Exportregime Chinas etablierte, zehrte das Wirtschaftswachstum zudem von einer niedrigeren Investitionsquote in den stärksten OECD-Ländern. Eine in den klassischen Produktionszentren als Anlagenotstand deklarierte Überakkumulation von Kapital begünstigte die Kapitalverlagerung. Im Gefolge der Asienkrise 1997/98 und später der Dotcom-Krise im Jahr 2001 orientierten sich die transnationalen Produktionsverbände (vor allem die Elektronikindustrie) vorwiegend in Richtung des chinesischen Festlandes (Hung 2008).

Diese Restrukturierung der Kapitalverwertung unterstützte Chinas nachholende Entwicklung und verlieh dem bevölkerungsreichsten Land der Erde damit den Status eines überaus relevanten strategischen Standorts der einstigen Peripherie. Ähnlich wie in früheren Entwicklungsphasen des Kapitalismus konnte derart eine *aufholende* Wirtschaftsmacht von den Entwicklungsvorsprüngen der *dominanten* Ökonomien in der Entfaltung der Produktivkräfte profitieren: durch den Transfer von technischem und organisatorischem Know-how, und, vor dem Hintergrund der Verlangsamung des Wachstums in den alten Zentren, vermittelt durch ausländische Direktinvestitionen.

Bis in das Jahr 2008 etablierte sich hierbei jedoch keineswegs eine hauptsächlich konfliktive Sachlage. Eher konnten die großen westlichen Ökonomien, besonders die Vereinigten Staaten, und China ihr Wachstum auf wechselseitig voneinander abhängigen Wegen erzielen: Große Mengen an liquiden Mitteln auch und gerade aus den USA stellten die Versorgung mit Geldanlagen sicher und förderten den Investitionsboom in China. Zugleich fungierten die USA als ein Endabnehmer der innerhalb Chinas produzierten Exportwaren.

Doch nicht zuletzt der globale Einbruch 2008/09 ließ Zweifel daran aufkommen, dass diese „Win-win“-Konstellation – ein geflügeltes Wort im heutigen China – auf Dauer gestellt werden könne (Schmalz 2011; van Scherpenberg 2009).

Von der „Werkbank der Welt“ zum ernst zu nehmenden Konkurrenten

Vor dem Hintergrund außen(-wirtschafts-)politischer Flankierungen chinesischer Interessen und der Fragilität des von den USA (nicht mehr hegemonial) geführten Weltsystems lassen sich nun einige Folgen des chinesischen Aufstiegs genauer darlegen. Bezug

nehmend auf die eingangs erörterten Kernbestandteile des neuen chinesischen Kapitalismus – eine tiefe weltwirtschaftliche Einbindung, zugleich jedoch eine Staatszentrierung, auch im Finanzsystem – werden im Folgenden, *erstens*, die auf Abhängigkeiten und kooperativen Aspekten beruhenden, doch gleichwohl spannungsreichen Effekte der „Going-out“-Strategie des chinesischen Kapitalismus herausgestellt. Dabei verkörpern die Währungsdispute mit den USA und der Streit um die Rolle des US-Dollars als Weltleitwährung ein Beispiel für die komplexe Vermittlung von ökonomischen Konkurrenzverhältnissen und politischen Kontrollstrategien. An der Führungsrolle Chinas in der ostasiatischen Regionalisierung demonstriere ich, *zweitens*, dass die „verantwortliche“ Großmachtpolitik Chinas bestimmte, nicht intendierte Nebenfolgen zeitigt, die Konflikte fördern.

Der globale Einbruch 2008/09, der Kriseneffekte in den auf die westlichen/amerikanischen Verbrauchermärkte orientierten chinesischen Branchen nach sich zog, hat die wechselseitige Abhängigkeit der beiden größten Volkswirtschaften der Erde eher noch verstärkt. Da der chinesische Binnenmarkt wächst und weiter günstig produziert werden kann, sehen westliche Unternehmen die chinesische Volkswirtschaft als Rettungsanker – auch wenn China nun einen noch größeren Teil des weltweiten Sozialproduktes auf sich vereint und über Geldanlagen verfügt, die in westlichen Medien regelmäßig als bedrohliche Machtkonzentration bewertet werden.¹⁴ Umgekehrt bleibt der chinesische „Exportismus“ abhängig von den westlichen/amerikanischen Märkten.¹⁵

Die wechselseitigen Abhängigkeiten bringen allerdings eine Machtverschiebung mit sich: Zwar sind die originär chinesischen Konzerne gegenwärtig noch meist als ausführende Objekte in die transnationalen Produktionsverbände eingebunden und auch den Großteil der Profite erzielen die multinationalen Konzerne (Hürtgen et al. 2009). Doch die Unternehmen der entwickelten Volkswirtschaften schaffen sich auf diese Weise zugleich neue Konkurrenten in dem Maße, wie sie selbst versuchen, vom Wachstum auf dem chinesischen Festland zu profitieren (Zhu/Kotz 2011: 25–26).

Im Prozess der nachholenden (staats-)kapitalistischen Entwicklung versuchen chinesische Konzerne sowie die eng mit diesen Unternehmen verbundene politische Machtelite in vielfältiger Weise die einstige, untergeordnete Bedeutung als verlängerte „Werkbank der Welt“ zu reduzieren: indem etwa „Spill-over-Effekte“ genutzt werden, die sich positiv auf den technischen Fortschritt einheimischer Konzerne auswirken. Ähnlich wie deutsche Unternehmen im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts englische Innovationen illegal kopierten, nutzen chinesische Konzerne und lokale Behörden beispielsweise

14 Medial rücken zudem immer wieder Diskussionen über die Rolle des chinesischen Staatsfonds China Investment Corporation in den Vordergrund. Im Ausland dokumentiert sich die Machtposition dieses finanzkräftigen Fonds in den Versuchen, Beteiligungen in Unternehmen zu erwerben oder Investitionen in Private Equity zu tätigen (Lim 2010: 681–682).

15 Eine wichtige aktuelle Debatte innerhalb Chinas, die das Ziel einer Reduzierung der Exportabhängigkeit und einer stärkeren Orientierung am Binnenkonsum thematisiert, ist erst mittel- bis langfristig praktisch realisierbar (Naughton 2010).

Joint Ventures dazu, um den „Technologietransfer“ zu beschleunigen. Ferner wurde und wird die chinesische Industrie durch den regen Kontakt mit ausländischen Großkonzernen an Weltmarktstandards angepasst, was wiederum einen Druck sowohl auf die Disziplinierung der Arbeitskräfte als auch auf die Entwicklung eines avancierten Ausbildungs- und Forschungssektors ausübt. Es bestehen umfangreiche Versuche, unternehmerische Schöpferkraft und staatliche Machtkapazitäten zu vereinen, um selbst zum Innovationsmotor zu werden. Die Innovationsfähigkeit beispielsweise im Bereich von Elektrofahrzeugen ist ein zentrales Ziel chinesischer Standortpolitik (Naughton 2007: 349–372).

In den letzten Jahren kam es daraufhin zu einer signifikanten Zunahme weltweit wettbewerbsfähiger staatlicher, halbstaatlicher und privater Firmen aus China (Yeung/Liu 2008). Im Gegensatz zum global rückläufigen Trend stiegen die chinesischen Auslandsdirektinvestitionen (ADI) nach 2008 erheblich an. Zwar fallen die internationalen Direktinvestitionen im Vergleich etwa zu den deutschen ADI noch geringer aus, doch in vielen Fällen verläuft diese, seit dem Jahr 2000 als „Going-out“ bezeichnete Strategie erfolgreich. Folgende Wege zur Ausweitung des internationalen Radius chinesischer Unternehmen lassen sich unterscheiden:

- „Fokussierte“ Exportunternehmen versuchen mit einem Produkt beziehungsweise in einem Marktsegment, Weltmarktanteile zu erwerben. Die Firma Galantz steht als mittlerweile größter Hersteller von Mikrowellengeräten prototypisch für diesen Unternehmenstyp (Williamson/Zeng 2007: 86–87).
- „Vernetzte Wettbewerber“ stellen Unternehmenskonglomerate von meist kleineren Firmen dar, die unter Ausnutzung vorteilhafter Standortbedingungen zu Marktführern im Verkauf einzelner, meist niedrigtechnologischer Produkte werden. Ein Netz von Hunderten Unternehmen in Wenzhou vereint beispielsweise im Bereich des Verkaufs von Feuerzeugen einen Weltmarktanteil von 70 Prozent auf sich und verdrängte wichtige asiatische Konkurrenten.
- Bei „Technologieführern“ handelt es sich um Unternehmen, die auch in technologisch avancierten Bereichen international wettbewerbsfähig geworden sind (wie Lenovo in der Computerindustrie, Haier im Haushaltselektronikmarkt, Huawei in der Kommunikationsausrüstung und die Firma TCL in der Herstellung von Fernsehgeräten) oder es voraussichtlich werden. Sie können auf die Unterstützung der landesinternen Forschungseinrichtungen zurückgreifen (Fan 2011).
- „Ressourcenorientierte“ Unternehmen agieren im Ausland mit dem Ziel der Sicherung von Rohstoffen. Dazu gehören die Shanghai Baosteel Group, die ein großes Stahlwerk in Brasilien gebaut hat, oder die Firmen Sinopec und China National Petroleum Corporation mit Beteiligungen an Öl- und Erdgasprojekten in mehreren Ländern, darunter in geopolitisch sensiblen Staaten wie Irak oder Iran (Hong/Sun 2006: 620–622).

Da ein übergreifendes außenwirtschaftspolitisches Ziel in China die Bildung nationaler Flaggshipunternehmen ist – unter „nationalen Champions“ werden protegierte Firmen verstanden, die auf der Basis starker Positionen auf dem Heimatmarkt sukzessive einen transnationalen Einfluss geltend machen –, werden die Bemühungen der Unternehmen politisch flankiert. Die Staatsführung ist dabei an einer engen Verbindung zu den neuen Unternehmensstandorten und Märkten interessiert: „An interesting reflection of this trend is the fact that virtually every overseas trip by a senior Chinese official now includes a visit to the local Huawei subsidiary“ (Williamson/Zeng 2007: 99).

Mithilfe von Richtlinienkatalogen lenken die verantwortlichen politischen Instanzen die ADI chinesischer Unternehmen teilweise in bestimmte Länder (vorwiegend in Asien, aber auch in Afrika, Lateinamerika und in etlichen OECD-Ländern) und in unterschiedliche Wirtschaftszweige. „Zum Ende des Jahres 2008 zeigten sich an die 12.000 chinesische Unternehmen in über 174 Ländern mit eigenen Direktinvestitionen aktiv. Unter ihnen dominieren mit 69,6 Prozent weiterhin die Staatsunternehmen als größte Gruppe chinesischer Auslandsinvestoren“ (Schüler-Zhou/Schüller/Brod 2010: 2–3). Ferner werden Subventionen und Kredite für den Einstieg in Rohstoffprojekte oder den Ankauf technologieintensiver Auslandsunternehmen gewährt. Mithilfe der staatlichen „policy banks“ steht den chinesischen Firmen ein finanzieller Beistand zur Seite.

Die chinesischen Konzerne konzentrieren sich häufig erst einmal auf die Märkte der Schwellenländer, weshalb sie etwa in Europa noch in vergleichsweise geringem Maße wahrgenommen werden.¹⁶ Ziel ist es jedoch, auch die wichtigsten OECD-Ökonomien stärker zu bedienen. Einen Hintergrund für die Aktivitäten in Lateinamerika stellt der Versuch dar, Exportplattformen für einen erweiterten Zugang zum nordamerikanischen Markt aufzubauen. Über die Hilfestellungen in der Außenwirtschaftspolitik hinaus begünstigen dabei *ressourcen-* und *sicherheitspolitische* Maßnahmen die Aufwertung Chinas. Dies manifestiert sich in einem ausgedehnten politischen Engagement im „Greater Middle East“, in Asien, Afrika und Südamerika, wodurch sich die Staatsführung unter anderem eine langfristig gesicherte Versorgung mit Rohstoffen verspricht (Breslin 2010b: 718).¹⁷

16 Ihren Einfluss in der Eurozone stärkt die neue Wirtschaftsmacht jüngst dadurch, dass sie den wirtschaftlich angeschlagenen Mitgliedsstaaten, wie Portugal, Irland, Italien, Griechenland oder Spanien, Hilfsangebote unterbreitet.

17 In der Literatur wird in diesem Zusammenhang eine regelrechte „Charmeoffensive“ Chinas konstatiert (Kurlanzick 2007). Die Staatsführung in Beijing hat im Rahmen ihrer strategischen Orientierung auf die wirtschaftliche Kooperation eine Aufhebung von Zöllen etwa für die ärmsten Länder Afrikas beschlossen. Zudem werden günstige Kreditkonditionen und Entwicklungsprojekte beziehungsweise Auslandshilfen ohne restriktive Auflagen gewährt. Charmant wirken diese Maßnahmen aber jenseits stilvoller Gesten vor allem deshalb, weil sich die Politiken westlicher Staaten gerade in Afrika jahrzehntelang durch ein hohes Maß an Rücksichtslosigkeit und Paternalismus auszeichneten. Die chinesische Regierung ist an Rohstoffsicherheit, neuen Märkten usw. interessiert und daher insbesondere aus pragmatischen Gründen gewillt, respektvoll zu agieren. Zudem sind bereits einseitige Abhängigkeiten gegenüber China entstanden, die chinesische Akteure ebenso als Gewinn verbuchen können wie die Profite, die aus Infrastruk-

Hieraus folgten bereits häufiger politische Konflikte besonders mit den USA, die sich im Ringen um die Sanktionen gegen den Iran im UN-Sicherheitsrat oder der Ablehnung einer UN-Intervention im Sudan widerspiegeln. Ebenso sorgte in der jüngsten Vergangenheit der Bereich der Währungspolitik für Spannungen, wie der nächste Abschnitt aufzeigt.

Währungsdispute

Wie beschrieben, spielte der wirtschaftliche Einbruch in den alten Zentren der Weltwirtschaft den chinesischen Unternehmen und der chinesischen Staatsführung zu: Es wird in westlichen Volkswirtschaften aktiv um chinesische Investoren geworben und bereits stattgefundene Investitionen werden im Allgemeinen positiv evaluiert. Eine Nebenfolge der (sich verstärkenden) „Going-out“-Strategie wird dabei jedoch nicht immer bedacht. Sie bringt eine Verschärfung der internationalen Konkurrenz um die weltweiten Exportmärkte mit sich (Zhu/Kotz 2011). Deren Erschließung hat sich als eine zentrale Krisenlösungsstrategie großer Ökonomien erwiesen. Wirtschaftspolitisch resultierten hieraus ab 2010 aufsehenerregende Währungsrivalitäten.¹⁸

Nachdem der Wachstumsbilanz vieler OECD-Wirtschaften – vor allem der Vereinigten Staaten – auch noch im Jahr 2010 Mängel attestiert wurden, zielten eine Reihe entwickelter Volkswirtschaften gleichzeitig auf die Strategie des Exports ab. Um den inneren Wachstumsblockaden zu entgehen, möchte etwa die US-Administration den Export in den nächsten Jahren erheblich steigern. Sie forderte auf dem G20-Gipfel in Seoul (November 2010) sogar eine (erfolglose) Begrenzung von Exportüberschüssen anderer Exportländer. Da unter der Voraussetzung einer Exportschwemme Überkapazitäten entstehen können, erhöht das die Wahrscheinlichkeit einer Verschärfung der Konkurrenz um die Märkte. Unter anderem deshalb versuchen einige Staaten, durch eine Verbilligung der eigenen Währung Marktanteile zulasten anderer Nationen zu gewinnen. In der amerikanischen Kritik an der „unterbewerteten“ Währung des chinesischen Yuan findet der ökonomische Wettbewerb einen politischen Ausdruck. In diesem Zusammenhang hat auch die Strategie der amerikanischen Zentralbank, eine neue Phase der „quantitativen Lockerung“ (QE2) zu starten – und über den Kauf von Staats- und Privatanleihen die im Umlauf befindliche Geldmenge zu steigern – vergleichsweise heftige internationale Kritiken (in China und andernorts) hervorgerufen. QE2 kann den Wert des Dollars senken und amerikanische Exporte verbilligen.

turinvestitionen resultieren, die von chinesischen Vertragspartnern ausgeführt werden. Alles in allem entspricht der Charmeoﬀensive kein unhinterfragter Machtzuwachs Chinas im „Süden“ (Breslin 2010a: 59). Der zunehmende Einfluss in „Schurkenstaaten“ dient einstweilen auch und gerade dem Zweck, die Konkurrenz mit westlichen Konzernen zu umgehen (Zweig 2010: 54–56).

18 Die Stabilität des je eigenen Währungsraums bildet eine wichtige Komponente des globalen Wettbewerbs. Da die verantwortlichen Institutionen diese im Verhältnis zu den jeweiligen anderen Währungen durchsetzen müssen – etwa durch Strategien der Unterbewertung –, entsteht eine Währungskonkurrenz, die bis zum politischen Währungskonflikt eskalieren kann.

Die Führung der Volksrepublik China, die, wie erwähnt, eine im internationalen Vergleich weitreichende politische Kontrolle über das chinesische Finanzsystem und den Wechselkurs ausübt, kontert gegen die Forderung, den Yuan aufzuwerten, mit dem Argument, dies schwäche die chinesische Wettbewerbsfähigkeit, was wiederum zu sozialen Unruhen mit negativen Folgen für ausländische Investoren führe. Zudem nutzt sie ihre hohen Dollar-Währungsbestände als „bargaining opportunity“:

While sometimes regarded as a source of potential weakness and dependency for China, dollar holdings also represent a considerable source of structural and bargaining power. This fact has enabled China to manage its relationship with the US and global governance, in line with its developmental needs, from a position of strength. (Strange 2011: 551)

In diesem Zusammenhang werden bereits länger nationalistische und antiwestliche Bewegungen in China angeführt, deren Radikalisierung sich in einer aggressiven Außen(-wirtschafts-)politik manifestieren könnte (Shirk 2008; Wang/Rosenau 2009: 30).

Ob sich diese Spannungen, etwa vor dem Hintergrund eines erneuten Einbruchs von Volkswirtschaften, zu ernsthaften Währungskonflikten oder gar schwerwiegenden politischen Auseinandersetzungen hochschaukeln, ist nicht sicher. Möglich wäre es. Wer, wie in den USA, die Vergabe von Staatsgeldern an marode Unternehmen an Entlassungen und Lohnsenkungen knüpft, droht einen „Neo-Merkantilismus“ zu stimulieren, der unter Bedingungen weltweit sinkender Nachfrage in eine verschärfte Beggar-Thy-Neighbour-Politik umschlägt (Schmalz 2011).¹⁹

Darüber hinaus hat sich bereits in den Jahren vor der Krise die Hegemonialposition des amerikanischen Finanzsystems und des US-Dollars abgeschwächt; parallel hierzu erfuhr die Finanzmacht Chinas eine Stärkung (Wang/Rosenau 2009: 24–28). Die vor 2008 mit dem Begriff „Bretton Woods II“ umschriebene Lage, die auf Leistungsbilanzdefiziten der Vereinigten Staaten einerseits und Leistungsbilanzüberschüssen in China/Ostasien andererseits beruhte und die Dominanz des US-Dollars trotz der Staats- und Auslandsverschuldung der USA garantierte, wird angezweifelt, und ein fragmentiertes Währungssystem wahrscheinlicher (Cohen 2009). Ein derartiger Wandel „could shake the foundations of international power politics – to the extent that the vulnerability of the greenback presents potentially significant and underappreciated restraints upon contemporary American political and military predominance“ (Kirshner 2008: 418). Da dies nicht im Interesse der USA liegt – der globalen Vorherrschaft des US-Dollars verdankt der amerikanische Staat größere Kapazitäten als andere Nationen, Leistungsbi-

19 Zugleich bestehen in den USA rechtliche Handhabungen, die kontrollieren, ob chinesische Investitionen gegen nationale Sicherheitsinteressen verstoßen. In Deutschland ist 2009 eine Änderung des Außenwirtschaftsgesetzes verabschiedet worden, die ebenfalls die Einleitung von Prüfverfahren ermöglicht, „wenn Investitionen die öffentliche Ordnung oder die Sicherheit Deutschlands gefährden“ (Schüler-Zhou/Schüller/Brod 2010: 7). Zudem werden international Maßnahmen gegen die (häufig mit China in Verbindung gebrachte) Industriespionage gestärkt. Die chinesische Regierung verweist in diesem Zusammenhang auf „protektionistische“ Trends im Westen.

lanzdefizite, einen gigantischen Verteidigungshaushalt sowie Krisen zu schultern –, deutet diese Entwicklung auf zukünftige Auseinandersetzungen hin. Vorschlägen aus China zur Schaffung einer neuen Weltfinanzarchitektur und Androhungen des Abstoßens der Dollarbestände²⁰ ist in den USA nicht grundlos mit Argwohn begegnet worden.²¹

Die VR China in der ostasiatischen Regionalisierung

Die ökonomische und geopolitische Aufwertung Chinas hat in den internationalen Institutionen einen Ausdruck gefunden, wie zuletzt an der neuen Institution der G20 abzulesen war. Bislang bemühte sich die Volksrepublik in den regionalen und globalen Institutionen um eine kooperative Rolle. Mit einer Politik der praktischen Anpassung zielte das Land auf eine normative wie politische Integration ab (Johnston 2008). Selbst wenn Dissonanz artikuliert wurde, mündete dies nicht in entsprechende alternative Institutionen.

Ein detaillierterer Blick deutet allerdings auf unterschiedlich ausgeprägte Konstellationen in verschiedenen Sektoren hin: Im Unterschied zum Feld der Währungs- und Wechselkurspolitik wird China hinsichtlich der Finanzmarkt- und Bankenregulierung (Basel-Abkommen, International Accounting Standards Board, Financial Stability Board) inzwischen explizit als „Status-quo“-Macht bezeichnet (Walter 2009). Im Bereich der Handelspolitik sind dagegen Funktionsstörungen in der Welthandelsorganisation aufgetreten. Rivalitäten zwischen dem „Norden“ und den Schwellenländern haben seit 2003 eine schwelende Krise der WTO bewirkt. Hinsichtlich der Regulierung von Wissen und geistigem Eigentum hat China internationale Standards akzeptiert (TRIPS-Abkommen), es existieren jedoch Auseinandersetzungen und Klagen westlicher Unternehmen über die mangelnde Durchsetzung dieser Standards. In den Feldern der Ent-

20 Sollte die VR China ihre Dollarbestände zu schnell umschichten, würde deren Wert fallen und zugleich der Wert des chinesischen Yuan steigen, was einen zentralen Wettbewerbsvorteil der Exportökonomie Chinas konterkariert. Die Staatsführung denkt mit ihren Vorschlägen daher vorwiegend an einen mittel- bis längerfristigen Prozess der Umschichtung, der die Erosion der aktuellen Leitwährung vorantreiben würde. Es ist möglich, dass der Yuan in absehbarer Zeit zu einer vollwertigen Reservewährung aufsteigt.

21 Ob sich mittelfristig eine konfrontativere Haltung der US-Regierung gegenüber China durchsetzt, hängt vom Ausgang inneramerikanischer Auseinandersetzungen ab: Während tief in die chinesische Wirtschaft eingebettete transnationale US-Konzerne an kooperativen Beziehungen mit China interessiert sind, stehen dem Kapitalgruppen skeptisch gegenüber, die sich stärker am amerikanischen Binnenmarkt orientieren. Zudem gibt es politische Auseinandersetzungen zwischen populistisch-protektionistischen Kräften (unter anderem in der „Tea-Party-Bewegung“) und einem vorwiegend transnational ausgerichteten Machtblock. Erstere könnten den Versuch einer Krisenexternalisierung unternehmen: „The United States now faces the prospect of a prolonged period of economic difficulties, which increases the possibility of looking upon China as the scapegoat. Ever since independence, the United States has had a long history of achieving internal political stability by uniting the nation against a perceived external threat“ (Nolan 2010: 86).

wicklungspolitik haben die Ablehnung des „Washington Consensus“ sowie die Reform des IWF, insbesondere der Stimmrechtsverteilung, ein Gewicht der Volksrepublik offenbart, das in ein ergebnisoffenes Ringen um neue Entwicklungspolitiken mündet (Chorev/Babb 2009).²² Wie das spektakuläre Scheitern der Klimakonferenz in Kopenhagen Ende 2009 im Bereich der Umweltpolitik illustrierte, verfügt China mittlerweile über ausreichend Blockademacht, um relevante politische Entscheidungen zu beeinflussen.²³

Vor allem in Asien trägt die VR China zur Bildung von regionalen Institutionen bei, die eine größere Unabhängigkeit vom Westen beziehungsweise von den USA besitzen oder erreichen können.²⁴ Außerordentlich deutlich zeigt sich dies am Aufstieg Chinas in *Ostasien*, was nach Jahrzehnten der heftigen Anfeindungen und Gegnerschaften umso bemerkenswerter scheint.

In Ostasien bilden die Association of Southeast Asian Nations (ASEAN), das ASEAN-Regionalforum sowie der Ostasiengipfel und die ASEAN-plus-3-Gespräche (mit China, Japan, Südkorea) zurzeit Angelpunkte einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit und der Entstehung eines partiellen Sicherheitsbündnisses. Die VR China erweist sich diesbezüglich immer mehr als führende Kraft. Die Einbindung in den regionalen Wirtschaftsraum erfordert schon allein deshalb eine politische Einflussnahme, um ökonomische Instabilitäten zu bewältigen. Die Führung Chinas visiert darüber hinaus ein makroregionales Szenario an, in dem es seine neu gewonnene ökonomische Stärke auch politisch wirksam ausspielen und (in einem gewissen Ausmaß) institutionalisieren kann.²⁵ Weg-

22 Das entwicklungspolitische Modell Chinas gilt anderen Schwellenländern als Muster. Ob und inwiefern hieraus ein Übergang in eine postliberale Weltordnungsphase eines „Beijing Consensus“ resultiert, ist aber alles andere als sicher.

23 Das gilt bereits länger für das UN-System. Die chinesische Außenpolitik ähnelt damit in Teilen durchaus einer „realistischen“ Praxis: Die (nicht immer offen artikuliert) Einschätzung, die internationalen Beziehungen seien wesentlich durch Machtpolitiken und zwischenstaatliche Konkurrenzen gekennzeichnet, läuft auf eine Strategie des Bilateralismus und des *instrumentellen* Multilateralismus hinaus. Letzterer erfolgt nach der Maßgabe, mit mehreren Ländern gemeinsam zu agieren, wenn es als sinnvoll erachtet wird – zugleich aber planmäßig Vorteile aus der Mehrdeutigkeit der auf Kompromissen beruhenden internationalen Abkommen zu ziehen und sich der Beschränktheit internationaler Zusammenarbeit bewusst zu bleiben.

24 Dazu gehört die 2001 mit Russland und zentralasiatischen Ländern gegründete, sicherheitspolitisch motivierte Shanghai Cooperation Organization, die im Westen zunehmend als Äquivalent der Stellung der NATO in Zentralasien betrachtet wird. Die SCO hat den regionalen Einfluss der USA eingeschränkt (Swanström 2010).

25 Vgl. zum Verhältnis von Macht, Führung und Hegemonie in Ostasien: Nabers (2010). Auch wenn China als schier unaufhaltsame Macht betrachtet wird, sehen andere Machteliten die Realpolitik des Landes durchaus als konstruktiv an. Die Krisenbewältigungsstrategie Chinas während der Asienkrise wurde in Ostasien als vorbildlich bewertet. Das Land beteiligt sich an einzelnen multilateralen Konsultationen und am Aufbau von Infrastrukturen in ärmeren Ländern wie Vietnam, Myanmar oder Laos. Die Volksrepublik hat beinahe alle Grenzkonflikte beendet und 2003 ein ASEAN-Abkommen unterzeichnet, das die wechselseitige Anerkennung der territorialen Souveränität der unterzeichnenden Länder bekräftigt (Kurlantzick 2008: 197; vgl. Dosch 2010). Chinesische Unternehmer nehmen an überregionalen Wirtschaftsforen wie dem Boao Forum for Asia teil, welches dem Davoser Weltwirtschaftsforum vergleichbar ist.

weisend war der erste Ostasiengipfel Ende 2005 in Kuala Lumpur, der ohne Beteiligung der Vereinigten Staaten stattfand. Die chinesischen Unterhändler hatten dies gegen den erklärten Willen Japans durchgesetzt (Dosch 2010: 75). Beeson stellt fest:

China's activist diplomacy is [...] successful, and at odds with what we might expect: not only is it remarkable that the formerly prickly People's Republic has become an effective mainstay of East Asia's burgeoning regional institutional forums and diplomatic architecture, but it has done so – at least partly – at the expense of the US, which ought to have been better placed to benefit from the prevailing international order. It is significant, for example, that what may prove to be the most important attempt to create an indigenous institutional forum with which to manage intra-regional relations – ASEAN+3 – explicitly excludes the US and reflects a much more narrowly defined conception of 'East Asia', rather than the all encompassing notion of an 'Asia-Pacific' region that has been championed by the US and key allies like Australia. Equally importantly – and even more surprisingly – China is beginning to exert the sort of ideological influence that was once thought to be the exclusive preserve of the US, and what was taken to be the inherent attractiveness, if not superiority of its political system, economic structures and even 'lifestyles'. (Beeson 2009a: 105)

Es kündigt sich also das Ende des von den USA protegierten japanzentrierten Regionalismus und die Entstehung einer „sinozentrierten“ Region an.

Eine Nebenfolge der Führungsrolle Chinas könnte demzufolge die Infragestellung der historischen Dominanz der USA und Japans in Ostasien sein. In diesem Zusammenhang lösen bereits vage Aussichten auf die Entstehung eines „Greater China“ – eines sich homogenisierenden Politikraums, in dem die Machteliten Festlandchinas gemeinsam mit exilchinesischen Unternehmern in Hongkong, Taiwan und in anderen Ländern Ostasiens (Yeung 2006) ein strategisches Bündnis gründen, das die Machtverhältnisse in Ostasien zulasten der USA und Japan verschiebt – Spekulationen über zukünftige chinesische Machtprojektionen aus (van der Pijl 2006: 303, 306).

Im Falle der historischen Konfrontation mit Taiwan ist es im Zuge der Bildung des „Greater China“ tatsächlich zu einer Entschärfung des Konflikts gekommen. Eine Art ökonomische Wiedervereinigung hat begonnen. Dabei begünstigen einander ähnelnde politisch-ökonomische Architekturen die Integration. Der „Parteistaatskapitalismus“ Taiwans stellt ähnlich wie der nachholende Staatskapitalismus auf dem Festland ein enges Beziehungsgeflecht von Partei, Regierung, Verwaltung und unternehmerischen Aktivitäten dar (Pohlmann 2002: 206–209, 306–318). Seit Beginn der 1990er-Jahre ist es auf der Ebene der funktionalen Interessenrepräsentation zur „Herausbildung von taiwanesischen Unternehmerverbänden auf dem Festland gekommen, die um eine enge Zusammenarbeit mit ihren dortigen semi-offiziellen Parallelorganisationen sowie mit den chinesischen Behörden bemüht sind“ (Meyer-Clement/Schubert 2004: 13).²⁶

26 Allerdings bedeutet das noch keine weitgehende *politische* Integration. Beijing nimmt zwar gegenwärtig keine aggressive Konfrontationshaltung ein, bekräftigt jedoch weiterhin die Zugehörigkeit Taiwans zum Hoheitsgebiet Festlandchinas und strebt durch eine proaktive Ostasienpolitik die Reduzierung des taiwanesischen Einflusses in der Region an (Beeson 2009a). Insofern ist auch infrage zu stellen, ob das diffuse „Greater China“ jemals zu einem tragfähigen Bündnis und zu gemeinsam getragenen (außen-)politischen Strategien heranreifen kann.

Strukturelle Instabilität: China, Japan und die USA

Insgesamt resultiert aus den wachsenden Anstrengungen Chinas dennoch keine unhinterfragte, *hegemoniale* Führung in Ostasien. Zwar haben die geschickten außenpolitischen Initiativen eine signifikante Verschiebung des Einflusses der Großmächte in der Region zur Folge. Doch auch wenn sich die Wahrnehmung gegenüber den USA verschlechtert hat und chinesische Unternehmen oder Politiker mit einer ähnlichen Sympathie empfangen werden, wie sie einstmals nur Japanern oder Amerikanern sicher war (Kurlantzick 2008: 203), stellen die regionalen Organisationen und häufig informellen Regimes Ostasiens selbst einen gegenläufigen Trend zu den Führungsabsichten Chinas dar. Sie bilden einen relativ inkohärenten, umkämpften Regulierungszusammenhang (Beeson 2009b).²⁷

Insbesondere das weiterhin mächtige Japan – Japan und China vereinen etwa 80 Prozent des ostasiatischen Sozialprodukts auf sich – behindert die Herausbildung einer unhinterfragten Führungsrolle der Volksrepublik. China und Japan sehen in der ostasiatischen Regionalisierung ein Mittel, um den jeweils eigenen Einfluss zu vergrößern, ohne dabei dem anderen Machtpol die Perspektive einer parallel erfolgenden Machtvergrößerung in Aussicht zu stellen (Breslin 2010b). Diese für die Region Ostasiens grundlegende Spannung hat sich im Herbst 2010 bei Zwischenfällen im Ostchinesischen Meer und in einem Konflikt um einen angeblichen Lieferstopp der für die japanische High-Tech-Industrie unentbehrlichen sogenannten Seltenen Erden wieder einmal entladen.

Ebenso wirken die Politik der Vereinigten Staaten und die nach wie vor überlegene amerikanische Sicherheitsarchitektur in Asien chinesischen Ambitionen entgegen. Die Fortführung des engen US-Bündnisses mit Japan und eine Politik der bilateralen Verhandlungen mit den jeweils einzelnen Ländern stoßen nicht nur in Südkorea auf Resonanz. Auf dem ASEAN-Regionalforum in Hanoi (Juli 2010) griffen die Mitgliedsländer die geopolitischen Ansprüche Chinas im Südchinesischen Meer auch deshalb scharf an, weil sie auf fortwährende kooperative Beziehungen mit den USA setzen.

27 Die zwischenstaatliche Kooperation orientiert sich beispielsweise noch immer am Modell bilateraler Beziehungen: „The vast majority of inter-governmental collaboration is bilateral in character (and, in the trade field, more often undertaken with countries outside of East Asia than within it). Although a large number of projects have been launched under the ASEAN Plus Three umbrella, these are typically initiated and financed by one of the Plus Three countries with little or no input from the others. The outcome is a series of ‚bilateral‘ ASEAN Plus One projects – ‚Chinese‘, ‚Japanese‘ and ‚Korean‘ – rather than ‚East Asian‘ schemes. At times the rivalry between China and Japan has led the two governments to propose rival projects to address the same issues, e.g. for Mekong regional cooperation“ (Ravenhill 2010: 201). So ist das 2010 wirksam gewordene Freihandelsabkommen zwischen China und den ASEAN-Ländern (CAFTA) auch den Rivalitäten zwischen China und Japan geschuldet, die in der Form eines kompetitiven Regionalismus, das heißt differierenden Konzepten der regionalen Integration und Ordnungsbildung, zum Ausdruck kommen (Munakata 2006: 133).

Die mehr und mehr durch China aktivierte regionale Kooperation wird also durch Konkurrenzverhältnisse sowie divergierende Interessenkoalitionen und wechselseitiges Misstrauen durchzogen.²⁸ Selbst der Taiwanfrage ist vor diesem Hintergrund alles andere als ein geebener Weg in eine einträchtige Wiedervereinigung beschieden, wenn etwa Argumente amerikanischer Politikberater zutreffen, dass gerade die Befriedung der Taiwanfrage die Rivalität mit den USA *vergrößert*:

As U.S. General Douglas MacArthur put it, Taiwan is an 'unsinkable aircraft carrier' midway up China's seaboard. From there [...] an outside power such as the United States can 'radiat' power along China's coastal periphery. If Taiwan returned to the bosom of mainland China, the Chinese navy not only would suddenly be in an advantageous strategic position vis-à-vis the first island chain but also would be freed up to project power beyond it to an unprecedented degree. The adjective 'multipolar' is thrown around liberally to describe the next world order; only the fusing of Taiwan with the Chinese mainland would mark the real emergence of a multipolar military order in East Asia. (Kaplan 2010)

Viel mehr als an eine chinesische Hegemonie erinnert die Lage in Ostasien trotz einer fortschreitenden transnationalen Verflechtung an eine instabile Konstellation, die einen Spielraum für destruktive Konkurrenzbeziehungen und bilaterale Konflikte lässt.

4 Fazit

Die vorgelegte Argumentation kann weder eine erschöpfende Analyse der komplexen Integration Chinas in Weltwirtschaft und -politik noch umfassende Prognosen hinsichtlich des weiteren Aufstiegs der Volksrepublik leisten. Sie erhebt allenfalls den Anspruch, folgende Punkte untermauert zu haben:

Erstens liefert eine an politökonomischen Ansätzen orientierte Perspektive wertvolle Einsichten in charakteristische Merkmale der nachholenden Entwicklung Chinas und seinen außen(-wirtschafts-)politischen Präferenzen. Im Unterschied zu herkömmlichen, machtzentrierten Perspektiven in der Disziplin der IB rücken derart sozioökonomische Sachverhalte beziehungsweise deren Verknüpfungen mit politischen Dimensionen stärker in den Vordergrund.

Es wurde gezeigt, dass der nachholende chinesische (Staats-)Kapitalismus nicht zuletzt auf Grundlage seiner tief greifenden weltwirtschaftlichen Integration erhebliche

28 Wie der fortdauernde Koreakonflikt zeigt, darf der Prozess der Neutralisierung zahlreicher zwischenstaatlicher Konflikte nicht überbewertet werden. China zögert bislang, das nordkoreanische Regime zu einer defensiveren Position zu zwingen. Auch wenn eine Wikileaks-Enthüllung Ende 2010 die einst undenkbbare Perspektive einer chinesischen Zustimmung zu einer Wiedervereinigung unter der Herrschaft Südkoreas eröffnete, erscheint diese Strategie der chinesischen Staatsführung nicht als gesichert.

Machtkapazitäten entwickelt hat, die die politische Führung dieses staatlich gelenkten Modells der Modernisierung selbstbewusst unter der Prämisse der wirtschaftlichen und geopolitischen Aufwertung einsetzt. Im Unterschied zu den historischen Erfahrungen anderer Entwicklungsländer hatte die wirtschaftliche Öffnung keine einseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeiten Chinas und Einschränkungen der politischen Handlungsspielräume zur Folge. Vielmehr ebnete dies einer Vergrößerung sowohl der Machtkapazitäten des Staates den Weg, der außenpolitisch zunehmend selbstbewusster agiert, als auch der einiger chinesischer Unternehmen, die sich zu ernsthaften Wettbewerbern etablierter Konzerne entwickeln. Im ostasiatischen Regionalisierungsprozess hat die chinesische Staatsführung bereits die (freilich nicht unhinterfragte) Führungsrolle übernommen.

Zweitens verkörpert der rasante Aufstieg der Volksrepublik trotz vielfacher wechselseitiger Abhängigkeiten gegenüber den „alten“ Zentren des Kapitalismus und kooperativer Bemühungen auf allen Seiten einen spannungsreichen Prozess. Die neue Großmacht agiert in einem instabilen, von den USA dominierten Weltsystem. Die Fragilität des Globalisierungsprozesses, die mit dem Fortbestand des Systems der Einzelstaaten und weiteren, nicht aufhebbaren Unsicherheiten einhergeht, befördert national ausgerichtete chinesische Standortpolitiken, die häufig eine außenwirtschafts- und manchmal sicherheitspolitische Flankierung erhalten und nicht immer im Einklang mit anderen Standortinteressen verlaufen. Das reputationsbedürftige Regime in China droht vor diesem Hintergrund sein Selbstbild einer „verantwortlichen“, auf Harmonie abzielenden Großmacht zu konterkarieren.

Zwar verfügt die Volksrepublik noch nicht über ausreichend Machtkapazitäten, um relevante Veränderungen im globalen Regulierungsgefüge durchzusetzen – ein hegemonialer Übergang steht somit nicht auf der Tagesordnung. Allerdings gewinnt die Machtelite in Beijing an Einfluss in Ostasien, der dynamischsten Wirtschaftsregion der Erde, und besitzt in den internationalen Organisationen eine zunehmende Blockademacht, die zur Sicherung ihrer je als nationale Interessenlage definierten Haltung beiträgt. Im Verhältnis zu den USA hat sich derart ein Verhältnis der wechselseitigen, aber angespannten Abhängigkeit etabliert, wie jüngst Währungsrivalitäten illustrieren. Es zeigt sich, dass wirtschaftliche Interdependenzen unter anderem aufgrund der Existenz vieler staatlich protegierter Währungsräume nicht zwangsläufig „Win-win“-Konstellationen hervorbringen beziehungsweise auf Dauer gestellt werden können.

Die Staatsführung Chinas schwankt insgesamt zwischen einem eher nicht intendierten Risiko der Herausforderung und einer pragmatischen Anpassung an den Führungsanspruch der USA. Die gegenwärtig unwahrscheinliche Eskalation von Rivalitäten in zwischenstaatliche Militärkonflikte sollte daher nicht zur Vernachlässigung der vielschichtigen Konkurrenz- und Konfliktformen unterhalb der Schwelle des manifesten geopolitischen Konflikts oder gar des Kriegs führen, die das Verhältnis zwischen dem aufstrebenden China und dem global vorherrschenden US-amerikanischen Staat kennzeichnen.

Noch dominieren im Verhältnis zwischen China und den Vereinigten Staaten glücklicherweise die reziproken wirtschaftlichen Abhängigkeiten und die Bemühungen um ein wirtschaftliches und politisches Miteinander. Verschiedene Faktoren wie eine weitere Machtverschiebung in Ostasien, die Erosion des amerikanisch dominierten Regulierungsgeflechts auf globaler Ebene, eine Zunahme des politischen Misstrauens und des Wettbewerbs der Standorte auch jenseits handels- und währungspolitischer Konflikte, beispielsweise in Fragen der Ressourcensicherung, sowie die schwer zugunsten aller Beteiligten zu regulierenden Krisenprozesse der Weltwirtschaft könnten dieses angespannte Miteinander allerdings unterlaufen. Destruktive Konkurrenzbeziehungen wären eine wahrscheinliche Folge.

Literatur

- Alden, Chris, 2010: China's New Engagement with Africa. In: Riordan Roett/Guadalupe Paz (Hg.), *China's Expansion into the Western Hemisphere: Implications for Latin America and the United States*. Washington, D.C.: Brookings Institution Press, 213–235.
- Amable, Bruno, 2003: *The Diversity of Modern Capitalism*. Oxford: Oxford University Press.
- Arrighi, Giovanni, 2008: *Adam Smith in Beijing: Die Genealogie des 21. Jahrhunderts*. Hamburg: VSA.
- Beeson, Mark, 2009a: Hegemonic Transition in East Asia? The Dynamics of Chinese and American Power. In: *Review of International Studies* 35(1), 95–112.
- , 2009b: Developmental States in East Asia: A Comparison of the Japanese and Chinese Experiences. In: *Asian Perspective* 33(2), 5–39.
- Breslin, Shaun, 2007: *China and the Global Political Economy*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- , 2010a: China's Emerging Global Role: Dissatisfied Responsible Great Power. In: *Politics* 30(S1), 52–62.
- , 2010b: Comparative Theory, China, and the Future of East Asian Regionalism(s). In: *Review of International Studies* 36(3), 709–729.
- Cai, Fang (Hg.), 2010: *Transforming the Chinese Economy*. Leiden: Brill.
- Callinicos, Alex, 2009: *Imperialism and Global Political Economy*. Cambridge: Polity.
- Chen, Sean/John Feffer, 2009: China's Military Spending: Soft Rise or Hard Threat? In: *Asian Perspective* 33(4), 47–67.
- Chorev, Nitsan/Sarah Babb, 2009: The Crisis of Neoliberalism and the Future of International Institutions: A Comparison of the IMF and the WTO. In: *Theory and Society* 38(5), 459–484.
- Coates, David, 2000: *Models of Capitalism: Growth and Stagnation in the Modern Era*. Cambridge: Polity.
- (Hg.), 2005: *Varieties of Capitalism, Varieties of Approaches*. Houndmills: Palgrave Macmillan.
- Cohen, Benjamin J., 2009: The Future of Reserve Currencies. In: *Finance & Development* 9/2009, 26–29.
- Deng, Yong, 2001: Hegemon on the Offensive: Chinese Perspectives on U.S. Global Strategy. In: *Political Science Quarterly* 116(3), 343–365.
- Deutschmann, Christoph, 2009: *Soziologie kapitalistischer Dynamik*. MPI Scholar in Residence Lectures 09/2. Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung.
<www.mpifg.de/aktuelles/SiR/MPIfG-Deutschmann_0902.pdf>
- Dickson, Bruce J., 2007: Integrating Wealth and Power in China: The Communist Party's Embrace of the Private Sector. In: *The China Quarterly* 192, 827–854.
- Dittmer, Lowell/George T. Yu (Hg.), 2010: *China, the Developing World, and the New Global Dynamic*. Boulder: Lynne Rienner Publishers.

- Dosch, Jörn, 2010: China and Southeast Asia: A New Regional Order in the Making? In: Lowell Dittmer/George T. Yu (Hg.), *China, the Developing World, and the New Global Dynamic*. Boulder: Lynne Rienner Publishers, 61–81.
- Fan, Peilei, 2011: Innovation, Globalization, and Catch-up of Latecomers: Cases of Chinese Telecom Firms. In: *Environment and Planning A* 43(4), 830–849.
- Foot, Rosemary, 2006: Chinese Strategies in a US-hegemonic Global Order: Accommodating and Hedging. In: *International Affairs* 82(1), 77–94.
- Geis, John P./Blaine Holt, 2009: „Harmonious Society“: Rise of the New China. In: *Strategic Studies Quarterly* 3(4), 75–94.
- Goldstein, Avery, 2005: *Rising to the Challenge: China's Grand Strategy and International Security*. Stanford, CA: Stanford University Press.
- Görg, Christoph, 2002: Einheit und Verselbständigung: Probleme einer Soziologie der „Weltgesellschaft“. In: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 9(2), 275–304.
- Gritsch, Maria, 2005: The Nation-State and Economic Globalization: Soft Geo-Politics and Increased State Autonomy? In: *Review of International Political Economy* 12(1), 1–25.
- Halper, Stefan, 2010: *The Beijing Consensus: How China's Authoritarian Model Will Dominate the Twenty-First Century*. New York: Basic Books.
- Harvey, David, 2005: *Der neue Imperialismus*. Hamburg: VSA.
- Heberer, Thomas, 2008: Das politische System der VR China im Prozess des Wandels. In: Thomas Heberer/Claudia Derichs (Hg.), *Einführung in die politischen Systeme Ostasiens: VR China, Hongkong, Japan, Nordkorea, Südkorea, Taiwan*. Wiesbaden: VS Verlag, 21–177.
- Heilmann, Sebastian, 2004: *Das politische System der Volksrepublik China*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Hong, Eunsuk/Laixiang Sun, 2006: Dynamics of Internationalization and Outward Investment: Chinese Corporations' Strategies. In: *The China Quarterly* 187, 610–634.
- Huang, Xiaoming, 2007: The Invisible Hand: Modern Studies of International Relations in Japan, China, and Korea. In: *Journal of International Relations and Development* 10(2), 168–203.
- Hung, Ho-fung, 2008: Rise of China and the Global Overaccumulation Crisis. In: *Review of International Political Economy* 15(2), 149–179.
- (Hg.), 2009: *China and the Transformation of Global Capitalism*. Baltimore: The Johns Hopkins University Press.
- Hürtgen, Stefanie/Boy Lühje/Peter Pawlicki/Martina Sproll, 2009: *Von Silicon Valley nach Shenzhen: Globale Produktion und Arbeit in der IT-Industrie*. Hamburg: VSA.
- Ikenberry, G. John, 2008: The Rise of China and the Future of the West: Can the Liberal System Survive? In: *Foreign Affairs* 87(1), 23–37.
- Jessop, Bob, 2009: *Cultural Political Economy: Rethinking the Linkages between Culture and the Political Economy of Variegated Capitalism in a World Market Organized in the Shadow of Neoliberalism*. Conference paper. Ringberg Conference on Varieties of Capitalism, 17.–19.11. 2009.
- Jessop, Bob/Ngai-Ling Sum, 2006: *Beyond the Regulation Approach: Putting Capitalist Economies in their Place*. Cheltenham: Edward Elgar.
- Jiang, Shixue, 2008: The Chinese Foreign Policy Perspective. In: Riordan Roett/Guadalupe Paz (Hg.), *China's Expansion into the Western Hemisphere: Implications for Latin America and the United States*. Washington, DC: Brookings Institution Press, 27–43.
- Johnston, Alastair I., 2008: *Social States: China in International Institutions, 1980–2000*. Princeton: Princeton University Press.
- Kaplan, Robert D., 2010: The Geography of Chinese Power: How Far Can Beijing Reach on Land and at Sea? In: *Foreign Affairs* 89(3). <www.foreignaffairs.com/articles/66205/robert-d-kaplan/the-geography-of-chinese-power> (20.8.2010)
- Katzenstein, Peter J./Takashi Shiraishi (Hg.), 2006: *Beyond Japan: The Dynamics of East Asian Regionalism*. Ithaca: Cornell University Press.
- Keith, Ronald C., 2009: *China from the Inside Out: Fitting the People's Republic into the World*. London: Pluto Press.
- Kirshner, Jonathan, 2008: Dollar Primacy and American Power: What's at Stake? In: *Review of International Political Economy* 15(3), 418–438.

- Kurlantzick, Joshua, 2007: *Charm Offensive: How China's Soft Power is Transforming the World*. New Haven: Yale University Press.
- , 2008: China's Growing Influence in Southeast Asia. In: Riordan Roett/Guadalupe Paz (Hg.), *China's Expansion into the Western Hemisphere: Implications for Latin America and the United States*. Washington, DC: Brookings, 193–212.
- Lam, Willy Wo-Lap, 2006: *Chinese Politics in the Hu Jintao Era: New Leaders, New Challenges*. Armonk, NY: East Gate.
- Layne, Christopher, 2009: The Waning of U.S. Hegemony: Myth or Reality? A Review Essay. In: *International Security* 34(1), 147–172.
- Lim, Kean Fan, 2010: On China's Growing Geo-Economic Influence and the Evolution of Variegated Capitalism. In: *Geoforum* 41(5), 677–688.
- Mann, Michael, 1997: Hat die Globalisierung den Siegeszug des Nationalstaats beendet? In: *Prokla* 106, 113–141.
- McNally, Christopher A. (Hg.), 2007: *China's Emergent Political Economy: Capitalism in the Dragon's Lair*. London: Routledge.
- Mearsheimer, John J., 2003: *The Tragedy of Great Power Politics*. New York: W. W. Norton.
- , 2010: Der aufziehende Sturm. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 10/2010, 87–100.
- Meyer-Clement, Elena/Gunter Schubert, 2004: *Greater China – Idee. Konzept. Forschungsprogramm*. Greater China Occasional Papers 1. Tübingen: Seminar für Sinologie und Koreanistik, Eberhard Karls Universität. <www.sino.uni-tuebingen.de/index.php?s=file_download&id=76>
- Munakata, Naoko, 2006: Has Politics Caught Up with Markets? In Search of East Asian Economic Regionalism. In: Peter J. Katzenstein/Takashi Shirashi (Hg.), *Beyond Japan: The Dynamics of East Asian Regionalism*. Ithaca: Cornell University Press, 130–157.
- Nabers, Dirk, 2010: Power, Leadership, and Hegemony in International Politics: The Case of East Asia. In: *Review of International Studies* 36(4), 931–949.
- Naughton, Barry, 2007: *The Chinese Economy: Transitions and Growth*. Cambridge: MIT Press.
- , 2010: *The Policy Challenges of Post-Stimulus Growth*. <www.globalasia.org/print.php?c=e287>
- Nee, Victor, 2005: Organizational Dynamics of Institutional Change: Politicized Capitalism in China. In: Victor Nee/Richard Swedberg (Hg.), *The Economic Sociology of Capitalism*. Princeton: Princeton University Press, 53–74.
- NIC (National Intelligence Council), 2008: *Global Trends 2025: A Transformed World*. <www.dni.gov/reports/2025_Global_Trends_Final_Report.pdf>
- Nolan, Peter, 2010: America and the Crossroads of Capitalist Globalization. In: *Challenge* 53(6), 77–92.
- Pohlmann, Markus, 2002: *Der Kapitalismus in Ostasien: Südkoreas und Taiwans Wege ins Zentrum der Weltwirtschaft*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Ramo, Joshua C., 2004: *The Beijing Consensus*. London: Foreign Policy Centre.
- Ravenhill, John, 2010: The ‚New East Asian Regionalism‘: A Political Domino Effect. In: *Review of International Political Economy* 17(2), 178–208.
- Roett, Riordan/Guadalupe Paz (Hg.), 2010: *China's Expansion into the Western Hemisphere: Implications for Latin America and the United States*. Washington, DC: Brookings Institution Press.
- Roloff, Ralf, 2011: Kontinuität oder Bruch? Die Außenpolitik der Regierung Obama. In: Tobias ten Brink (Hg.), *Globale Rivalitäten: Staat und Staatensystem im globalen Kapitalismus*. Stuttgart: Franz Steiner Verlag, 145–162.
- Schmalz, Stefan, 2011: Die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise 2008 auf das internationale Staatensystem. In: Tobias ten Brink (Hg.), *Globale Rivalitäten: Staat und Staatensystem im globalen Kapitalismus*. Stuttgart: Franz Steiner Verlag, 125–144.
- Schüler-Zhou, Yun/Margot Schüller/Magnus Brod, 2010: Chinas Going Global – Finanzmarktkrise bietet Chancen für chinesische Investoren im Ausland. In: *GIGA Focus Asien* 8/2010, 1–7.
- Shambaugh, David, 2009: *China's Communist Party: Atrophy and Adaptation*. Berkeley: University of California Press.
- Shirk, Susan L., 2008: *China: Fragile Superpower: How China's Internal Politics Could Derail its Peaceful Rise*. Oxford: Oxford University Press.

- Strange, Gerard, 2011: China's Post-Listian Rise: Beyond Radical Globalisation Theory and the Political Economy of Neoliberal Hegemony. In: *New Political Economy* 16(5), 539–559.
- Streeck, Wolfgang, 2010: *E Pluribus Unum? Varieties and Commonalities of Capitalism*. MPIfG Discussion Paper 10/12. Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung. <www.mpifg.de/pu/mpifg_dp/dp10-12.pdf>
- Stubbs, Richard, 2005: *Rethinking Asia's Economic Miracle*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- , 2007: China, Southeast Asia and East Asian Economic Regionalism. In: David Zweig/Zhimin Chen (Hg.), *China's Reforms and International Political Economy*. London: Routledge, 77–93.
- Swanström, Niklas, 2010: China and Greater Central Asia: Economic Opportunities and Security Concerns. In: Lowell Dittmer/George T. Yu (Hg.), *China, the Developing World, and the New Global Dynamic*. Boulder: Lynne Rienner Publishers, 109–128.
- ten Brink, Tobias, 2008: *Geopolitik: Geschichte und Gegenwart kapitalistischer Staatenkonkurrenz*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- , 2010: *Strukturmerkmale des chinesischen Kapitalismus*. MPIfG Discussion Paper 10/1. Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung. <www.mpifg.de/pu/mpifg_dp/dp10-1.pdf>
- (Hg.), 2011a: *Globale Rivalitäten: Staat und Staatensystem im globalen Kapitalismus*. Stuttgart: Franz Steiner Verlag.
- , 2011b: Patterns of Distinctive Institutional Change in Chinese Capitalism. In: Werner Paschal/Cornelia Storz/Markus Taube (Hg.), *Institutional Variety in East Asia: Formal and Informal Patterns of Coordination*. Cheltenham: Edward Elgar, 200–221.
- , 2012: Überlegungen zum Verhältnis von Kapitalismus und Staatenkonkurrenz. In: *Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik* 5(1), im Erscheinen.
- Tsai, Kellee S., 2007: *Capitalism without Democracy: The Private Sector in Contemporary China*. Ithaca: Cornell University Press.
- van der Pijl, Kees, 2006: *Global Rivalries from the Cold War to Iraq*. London: Pluto Press.
- van Scherpenberg, Jens, 2009: Finanzkapital, Finanzkrise und internationale Staatenkonkurrenz. In: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 16(2), 325–337.
- Walter, Andrew, 2009: Chinese Attitudes Towards Global Financial Regulatory Co-operation: Revisionist or Status-quo? In: Eric Helleiner/Stefano Pagliari/Hubert Zimmermann (Hg.), *Global Finance in Crisis: The Politics of International Regulatory Change*. New York: Routledge, 153–169.
- Wang, Hongying/James N. Rosenau, 2009: China and Global Governance. In: *Asian Perspective* 33(3), 5–39.
- Wei, Liang, 2007: China: Globalization and the Emergence of a New Status Quo Power? In: *Asian Perspective* 31(4), 125–149.
- Williamson, Peter J./Ming Zeng, 2007: The Global Impact of China's Emerging Multinationals. In: Christopher A. McNally (Hg.), *China's Emergent Political Economy: Capitalism in the Dragon's Lair*. London: Routledge, 83–101.
- Wolfowitz, Paul, 1997: *Bridging Centuries: Fin de Siecle All Over Again*. <<http://nationalinterest.org/article/bridging-centuries-fin-de-siecle-all-over-again-518>>
- Yang, Dali L., 2004: *Remaking the Chinese Leviathan: Market Transition and the Politics of Governance in China*. Stanford, CA: Stanford University Press.
- Yeung, Henry Wai-chung, 2006: Change and Continuity in Southeast Asian Ethnic Chinese Business. In: *Asia Pacific Journal of Management* 23(3), 229–254.
- Yeung, Henry Wai-chung/Weidong Liu, 2008: Globalizing China: The Rise of Mainland Firms in the Global Economy. In: *Eurasian Geography and Economics* 49(1), 57–86.
- Zheng, Bijian, 2005: China's „Peaceful Rise“ to Great-Power Status. In: *Foreign Affairs* 84(5), 18–24.
- Zhu, Andong/David M. Kotz, 2011: The Dependence of China's Economic Growth on Exports and Investment. In: *Review of Radical Political Economics* 43(1), 9–32.
- Zweig, David, 2010: The Rise of a New „Trading Nation“. In: Lowell Dittmer/George T. Yu (Hg.), *China, the Developing World, and the New Global Dynamic*. Boulder: Lynne Rienner Publishers, 37–59.
- Zweig, David/Zhimin Chen (Hg.), 2007: *China's Reforms and International Political Economy*. London: Routledge.

Recent Titles in the Publication Series of the MPIfG

MPIfG Discussion Papers

DP 11/17

A. Schäfer

Republican Liberty and Compulsory Voting

DP 11/16

D. Seikel

Wie die Europäische Kommission Liberalisierung durchsetzt: Der Konflikt um das öffentlich-rechtliche Bankenwesen in Deutschland

DP 11/15

W. Streeck

The Crisis in Context: Democratic Capitalism and Its Contradictions

DP 11/14

P. Mader

Making the Poor Pay for Public Goods via Microfinance: Economic and Political Pitfalls in the Case of Water and Sanitation

DP 11/13

M. R. Busemeyer

Varieties of Cross-Class Coalitions in the Politics of Dualization: Insights from the Case of Vocational Training in Germany

DP 11/12

W. Streeck, D. Mertens

Fiscal Austerity and Public Investment: Is the Possible the Enemy of the Necessary?

MPIfG Working Papers

WP 11/6

F. Wehinger

Illegale Märkte: Stand der sozialwissenschaftlichen Forschung

WP 11/5

W. Streeck

Volkshome oder Shopping Mall? Die Reproduktion der Gesellschaft im Dreieck von Markt, Sozialstruktur und Politik

WP 11/4

A. Honneth

Verwilderungen des sozialen Konflikts: Anerkennungskämpfe zu Beginn des 21. Jahrhunderts

WP 11/3

A. Nölke

Transnational Economic Order and National Economic Institutions: Comparative Capitalism Meets International Political Economy

WP 11/2

U. Schimank

Wohlfahrtsgesellschaften als funktionaler Antagonismus von Kapitalismus und Demokratie: Ein immer labilerer Mechanismus?

WP 11/1

J. Pennekamp

Wohlstand ohne Wachstum: Ein Literaturüberblick

MPIfG Books

B. Rehder

Rechtsprechung als Politik: Der Beitrag des Bundesarbeitsgerichts zur Entwicklung der Arbeitsbeziehungen in Deutschland
Campus, 2011

J. Beckert, P. Aspers (eds.)
The Worth of Goods: Valuation and Pricing in the Economy
Oxford University Press, 2011

U. Dolata

Wandel durch Technik: Eine Theorie soziotechnischer Transformation
Campus, 2011

T. ten Brink (Hg.)

Globale Rivalitäten: Staat und Staatensystem im globalen Kapitalismus
Franz Steiner, 2011

M. Schröder

Die Macht moralischer Argumente: Produktionsverlagerungen zwischen wirtschaftlichen Interessen und gesellschaftlicher Verantwortung
VS Verlag, 2011

P. Aspers

Markets
Polity Press, 2011

M. Lutter

Märkte für Träume: Die Soziologie des Lottospiels
Campus, 2010

Ordering Information

MPIfG Discussion Papers

Order printed copies from the MPIfG (you will be billed) or download PDF files from the MPIfG website (free).

MPIfG Working Papers

Order printed copies from the MPIfG (you will be billed) or download PDF files from the MPIfG website (free).

MPIfG Books

At bookstores; abstracts on the MPIfG website.

www.mpifg.de

Go to *Publications*.

New Titles

Consult our website for the most complete and up-to-date information about MPIfG publications and publications by MPIfG researchers. To sign up for newsletters and mailings, please go to *Service* on the MPIfG website. Upon request to info@mpifg.de, we will be happy to send you our Recent Publications brochure.

ERPA

MPIfG Discussion Papers and MPIfG Working Papers in the field of European integration research are included in the *European Research Papers Archive (ERPA)*, which offers full-text search options: <http://eiop.or.at/erpa>.

Das Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung ist eine Einrichtung der Spitzenforschung in den Sozialwissenschaften. Es betreibt anwendungs offene Grundlagenforschung mit dem Ziel einer empirisch fundierten Theorie der sozialen und politischen Grundlagen moderner Wirtschaftsordnungen. Im Mittelpunkt steht die Untersuchung der Zusammenhänge zwischen ökonomischem, sozialem und politischem Handeln. Mit einem vornehmlich institutionellen Ansatz wird erforscht, wie Märkte und Wirtschaftsorganisationen in historisch-institutionelle, politische und kulturelle Zusammenhänge eingebettet sind, wie sie entstehen und wie sich ihre gesellschaftlichen Kontexte verändern. Das Institut schlägt eine Brücke zwischen Theorie und Politik und leistet einen Beitrag zur politischen Diskussion über zentrale Fragen moderner Gesellschaften.

The Max Planck Institute for the Study of Societies conducts advanced basic research on the governance of modern societies. It aims to develop an empirically based theory of the social and political foundations of modern economies by investigating the interrelation between economic, social and political action. Using primarily an institutional approach, it examines how markets and business organizations are embedded in historical-institutional, political and cultural frameworks, how they develop, and how their social contexts change over time. The institute seeks to build a bridge between theory and policy and to contribute to political debate on major challenges facing modern societies.

